



Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

Guten Tag, liebe Leserin und lieber Leser!

Ja, ja, alle sollen wählen gehen – aber was, wenn eigentlich keine Partei so richtig passt? Wenn ich in jeder Partei einzelne Elemente ihrer Politik wirklich ablehne? Dann kann ich sie doch nicht wählen!

Doch was passiert, wenn ich nicht wählen gehe? Wenn es eine oder mehrere Parteien gibt, mit deren Vorschlägen ich auf gar keinen Fall einverstanden bin, die für mich z. B. zu verfassungsfeindlich, klimaschädlich oder menschenverachtend sind – dann muss ich aktiv werden.

Denn jede Nichtwählerin, jeder Nichtwähler kommt diesen Parteien zugute, und sie mobilisieren ihre Fans meistens gut: Wenn sie 5 von 10 Stimmen bekommen, sind das 50 Prozent – wenn aber 20 Menschen mehr wählen würden, sind es 5 von 30 Stimmen, und damit nur noch 16,6 Prozent. Und bei 50 Stimmen sind es nur noch 2,5 Prozent. Das macht nachher einen großen Unterschied im Bundestag!

Also: Bei dieser Bundestagswahl einen (kleineren) gemeinsamen Nenner suchen und auch vielleicht mit Bedenken ein Kreuz machen; das ist besser, als nicht wählen zu gehen. Natürlich empfehlen wir Ihnen im Pöggskén, die Grünen zu wählen – am wichtigsten ist es aber, überhaupt zur Wahl zu gehen und einer Partei die Stimme zu geben, die sich den grundlegenden demokratischen Werten unseres Landes wirklich verbunden fühlt. Auf örtlicher Ebene kann man zudem die kommunale Parteipolitik mit beeinflussen, das kommt dann vielleicht später.

Eure Pöggskénredaktion



Anja Beiers - Direktkandidatin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Kreis Warendorf

Foto:Ute Schernau

Wofür wir Grüne zur Bundestagswahl antreten!

Wir leben in Zeiten, in denen sich vieles geändert hat: Bedrohliches wie das Fortschreiten des Klimawandels und des Artensterbens, Rückschritte in der Demokratie weltweit oder neue große Kriege, auch in unserer Nachbarschaft.

Aber es gibt auch Positives, wie Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien,

mehr Solidarität und zumindest teilweise mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit des Zusammenhaltes und Schutzes der Schwächsten.

Nur ein vereintes Europa hilft uns aus der Krise – wenn wir uns jetzt alle einbringen und dafür kämpfen.

Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen.

Dazu gehört zuallererst eine kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik der letzten drei Jahre: kritisch, aber konstruktiv, um aus den Fehlern zu lernen und das gute Erreichte weiter zu fördern. Wir haben gelernt: Wir müssen den Fortschritt erkämpfen. Mit vielen alten und neuen Verbündeten; die alten müssen wir allerdings teilweise

zunächst einmal zurück gewinnen.

Deshalb wollen wir weiter regieren. Dafür brauchen wir Partner. Auch da müssen wir aus unseren Fehlern lernen: Was inhaltlich erkennbar nicht zusammengeht, bricht auseinander, das Ergebnis haben wir gerade mit der neoliberalen FDP erlebt. Unsere neue Partnerschaft

muss darauf gründen, dass sich heute vieles ändern muss, damit wir alle auch morgen gut leben können. Wer mit uns koalieren will, der muss bereit sein, bei zentralen Vorhaben entschieden mit voranzugehen.

Anja Beiers

Liebe Telgterinnen und Telgter,

am 23. Februar wird ein neuer Bundestag gewählt – das dürfte sich herumgesprochen haben. Wenn Sie eingefleischter NICHTWÄHLER bzw. NICHTWÄHLERIN sind, sollten Sie auf gar keinen Fall weiterlesen.

Ich muss Sie nämlich enttäuschen: Wenn Sie nicht wählen gehen, dann haben Sie schon gewählt. Nur haben Sie dadurch wahrscheinlich nicht das gewählt, was Sie wollen:

- Wenn Sie nicht wählen gehen, weil Sie die Demokratie ablehnen, sollten Sie sich zumindest darüber im Klaren

sein, dass Sie diese Wahlfreiheit gerade der Demokratie verdanken.

- Wenn Sie nicht wählen gehen, weil keine Partei Sie anspricht oder Sie keinem Programm voll zustimmen, ist das nachvollziehbar. Aber dann entscheiden andere über die nächste Bundesregierung, und das wäre bedauerlich. Insofern lohnt es sich, die Partei zu finden, die Ihren Überzeugungen am nächsten kommt, und ihr Ihre Stimme zu geben.
- Wenn Sie nicht wählen gehen, weil Politik Sie nicht in-

teressiert, sollten Sie wissen, dass Sie damit populistische und rechtsextreme Parteien indirekt stärken. Die demokratische Mitte erhält Ihre Stimme nicht und wird dadurch geschwächt.

- Wir leben in einer lebendigen Demokratie, die nicht funktioniert, wenn wir alle am Spielfeldrand stehen und nur zuschauen. Wir können diese Demokratie mitgestalten, als Wählerinnen und Wähler oder als aktive Mitglieder in einer demokratischen Partei. Oder auch dadurch, dass wir uns selbst

zur Wahl stellen, sei es in unseren Städten und Gemeinden oder bei Landtags- und Bundestagswahlen.

Sicherlich gibt es viel zu kritisieren an den politischen Abläufen und Entscheidungswegen in unserem Land. Doch wer nicht wählt, hat keine glaubwürdige Berechtigung zur Kritik an der Politik. Unser Wahlrecht sollte eine selbstverordnete Wahlpflicht sein. Machen Sie also mit. Gehen Sie am 23. Februar zur Wahl und bestimmen Sie die neue Bundesregierung mit!



Herzliche Grüße
Ihr

Kleingärten für Telgte-Süd

Das Baugebiet Telgte-Süd schreitet weiter voran. Derzeit werden die Straßen gebaut, und wenn sich alles wie geplant entwickelt, können vielleicht schon Ende 2026 die ersten Häuser stehen.

Bei der Planung des Baugebietes wurde Wert darauf gelegt, dass dringend benötigte Mehrfamilienhäuser entstehen. So sollen circa 220 bis 280 Woh-

nungen unterschiedlicher Größe den Wohnungsmangel in Telgte beheben.

Die Zielsetzung, einerseits möglichst wenig Fläche neu zu bebauen und zu versiegeln, und andererseits der Druck, möglichst kostengünstig zu bauen, führt zu einer starken Verdichtung der Wohnsituation. Umso wichtiger sind grüne Freiräume, in denen sich die Bewoh-

ner*innen der Häuser im Freien aufhalten können. Dafür sind in Telgte-Süd zwei Grünzüge geplant.

Da aber auch viele Menschen aus den Mehrfamilienhäusern den Wunsch nach einem eigenen Garten haben, sollte die Verwaltung prüfen, ob und wo stadtnah im Telgter Süden weitere Kleingärten angelegt werden können. Aber auch

eine Kombination von Grabeland ohne Gartenhäuser und traditionellen Kleingärten ist denkbar. Möglicherweise bietet es sich an, die Kleingartenanlage der „Telgter Gartenfreunde“ im Telgter Süden zu erweitern, deren freiwerdende Gartenparzellen schon jetzt immer schnell neue Nutzer*innen finden.

Die Grünen in Telgte werden hierzu einen Antrag im Rat stel-

len. Die Stadtverwaltung soll beauftragt werden, Vorbereitungen zu treffen, um private Garteninitiativen bei der Suche nach Flächen und Aufbau eines Gartenvereins zu unterstützen.

u.w.

Kommunale Wärmeplanung vorgestellt

Im November wurde im Klimagebiet das Konzept für die kommunale Wärmeplanung vorgestellt. Dabei wird untersucht, ob sich Siedlungsbereiche im Stadtgebiet für die Entwicklung eines Wärmenetzes anbieten.

In Telgte wäre ein Zusammenschluss mehrerer Bestandshäuser an eine zentrale Energiequelle für drei Gebiete denkbar: rund um das Waldschwimmbad, für das Gewerbegebiet Orkotten und für die Altstadt.

Anderswo in Telgte erscheinen individuelle Lösungen sinnvoller, um das eigene Haus zu heizen. Telgte will bis 2040 bilanziell klimaneutral werden. Um die Klimaschutzziele der Stadt zu erreichen, ist der Wärmesektor entscheidend, da rund 70 % des Energieverbrauchs im privaten Haushalt auf das Heizen entfallen. Viele Hauseigentümerinnen und -eigentümer fragen sich, wie sie zukünftig heizen sollen. Um Planungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, müssen Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohner*innen bis 2028 eine

kommunale Wärmeplanung vorlegen. Telgte und Ostbevern haben sich mit finanzieller Unterstützung des Bundes frühzeitig auf den Weg gemacht.

Das für die Planer wahrscheinlichste Szenario sieht das Waldschwimmbad als Ausgangspunkt für das Versorgungsgebiet mit etwa 100 Wohn- und weiteren Nichtwohngebäuden vor. Denkbar wäre es, die Wärme aus einem Abwasserkanal zur Kläranlage als Energiequelle für eine Wärmepumpe zu nutzen. Dieser Kanal hat den nötigen Durchmesser und voraussichtlich einen hohen Durchfluss. Zudem ist eine Sanierung geplant, sodass ein Einbau von Wärmetauschern technisch eine geringe Hürde darstellt.

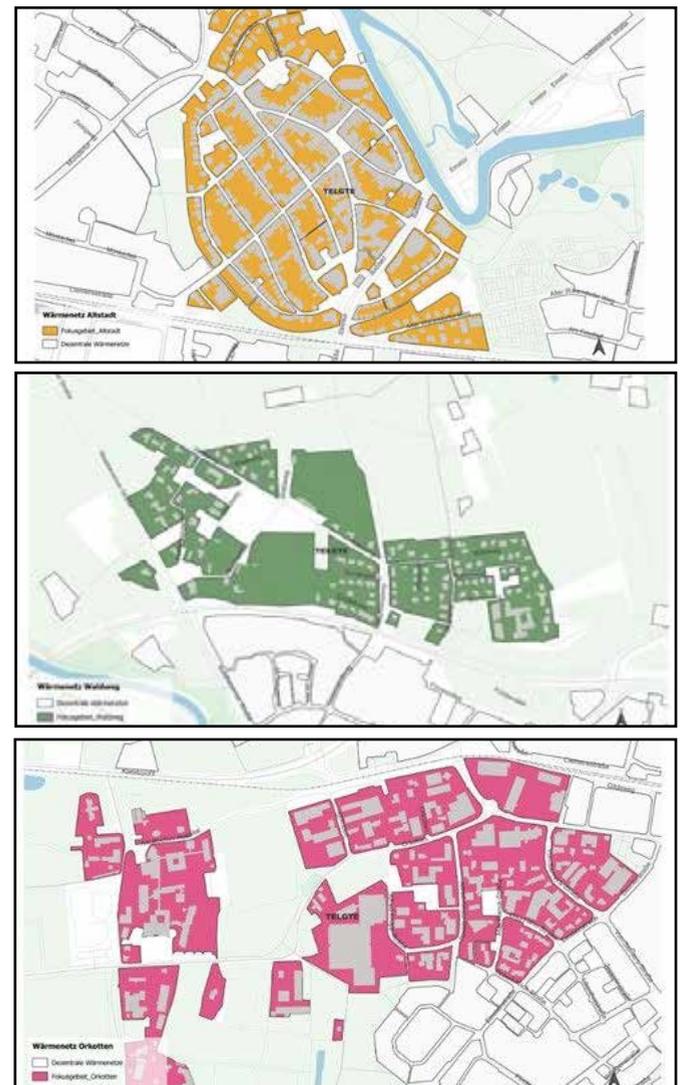
Das St. Rochus-Hospital bildet als Ankerkunde die Ausgangslage für die Untersuchung des Wärmenetzes im Gewerbegebiet Orkotten und wird bereits mit Wärme aus der angrenzenden Biogasanlage versorgt. Im Winter muss teilweise eine dezentrale Erzeugungseinheit betrieben werden, um den gesamten Bedarf zu decken. Während der restlichen Zeit hat die

Biogasanlage Überkapazitäten und könnte zusätzliche Gebäude mit Wärme versorgen. Eine Erweiterung der Anlage – auch gegebenenfalls um weitere Technologien wie einen Hackschnitzelkessel – könnte grundsätzlich das Gewerbegebiet im Orkotten versorgen.

In der Altstadt stammen die meisten Gebäude aus der Zeit vor 1950, viele sind zudem denkmalgeschützt. Um ein solches Bestandsgebiet über ein Wärmenetz zu versorgen, ist ein konventioneller Betrieb auf einem Temperaturniveau von 70 bis 80 °C notwendig. Als mögliche Energiequelle könnte Geothermie oder die Flusswärme aus der Ems genutzt werden.

In den nächsten Monaten will die Stadtverwaltung im Zuge einer Machbarkeitsstudie weitere denkbare Schritte prüfen. Außerdem soll es eine Informationsveranstaltung für die Bürgerschaft geben. Die kommunale Wärmeplanung ist gesetzeskonform alle fünf Jahre fortzuschreiben.

k.b.



Neues Nachtbuskonzept am Wochenende:

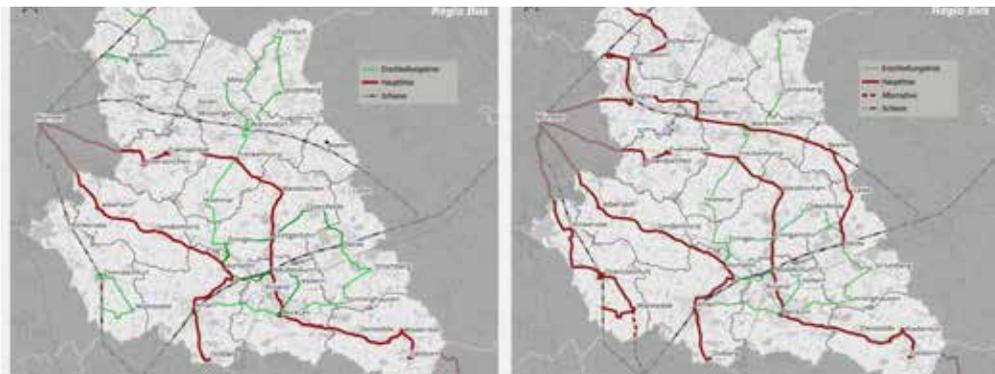
Mit Bus und Bahn zuverlässig nachts nach Hause

Im Kreis Warendorf sollen zukünftig deutlich mehr Nachtbusse am Wochenende fahren. Die Verantwortlichen planen eine Ausweitung von Freitag auf Samstag sowie von Samstag auf Sonntag.

Im November stellten Helmut Südmersen vom Kreis Warendorf und Sören Gerkenmeyer von der RVM GmbH das Optimierungskonzept im Klimaausschuss vor. Sie erläuterten anhand einer Präsentation, dass künftig kreisweit 92 Fahrten nach 22 Uhr angeboten werden sollen – eine Steigerung am Freitag von 130 Prozent und am

Samstag von 26 Prozent. Momentan fahren samstagnachts 72 Busse, freitags sind es deutlich weniger.

Anders als bisher soll zukünftig der Schienenverkehr besser ins Busnetz integriert werden. So sollen Busse nachts nicht mehr parallel zu Zügen verkehren, beispielsweise von Münster nach Telgte. Die Anbindung vom Bahnhof Westbevern-Vadrup nach Westbevern-Dorf und Ostbevern wollen Kreis und RVM bis 2 Uhr nachts angepasst an die Zugzeiten sicherstellen. Nach 2 Uhr übernehmen Busse die gesamten Streckenabschnitt



Nachtbuslinie vor 2 Uhr

Nachtbuslinie nach 2 Uhr

von Münster über Einen, Müssingen nach Warendorf und weiter sowie von Telgte nach West- und Ostbevern.

Im Vorfeld der Konzepterstellung hatten die Verantwortlichen eine Befragung im Kreis Warendorf durchgeführt und knapp 700 verwertbare Rückmeldungen gesammelt. Wichtig

war den Befragten ein regelmäßiger Takt, Zuverlässigkeit und ein zügiges Erreichen des Zielorts, vor allem Münster, Telgte und Warendorf.

Die Umsetzung des Konzepts ist jetzt von der Zustimmung der Kommunen im Kreis abhängig. Ausschlaggebend sei laut Verwaltung die Kostenfrage.

Die Mitglieder des Klimaausschusses standen dem Konzept grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber trotz höherer Kosten für Telgte von zusätzlich etwa 13.000 Euro im Jahr.

k.b.



Foto: Michael Richter

Ladeinfrastruktur in Telgte erweitert

Die Ladeinfrastruktur in Telgte wächst: Mit einer Ladekarte der Stadtwerke SO oder angeschlossener Anbieter können Fahrerinnen und Fahrer ihre E-Autos nicht nur am Rathaus Telgte, sondern auch an der Don-Bosco-Schule, Beethovenstr. 6, oder am Bahnhof Westbevern-Vadrup, Bahnweg 1, auf öffentlichen Parkplätzen laden.

Noch sind die Flächen schwer erkennbar: Die Stadtverwal-

tung erläuterte im Klimaausschuss, dass derzeit noch auf die verkehrsrechtliche Anordnung des Kreises Warendorf gewartet werde, um eine entsprechende Beschilderung anzubringen. Im Frühjahr 2025 soll eine Schnellladesäule am Dümmert-Parkplatz in Betrieb genommen werden.

Weitere Lademöglichkeiten in Telgte bieten auch der Raiffeisen-Markt an der Hans-Geiger-Straße sowie der Lidl

am Orkotten sogar mit zwei 60-KW-Ladesäulen. Wer es ganz eilig hat, kann auf dem Parkplatz des Dehner Garten-Centers in Handorf an einer der 300-KW-Ladesäulen Zeit sparen.

k.b.

Amprion-Petition vom Rat auf den Weg gebracht

Die Petition des Rates der Stadt Telgte zur geplanten 380-KV-Höchstspannungsfreileitung von Westerkappeln nach Gersteinwerk (Vorhaben 89 des Bundesbedarfsplangesetzes) richtet sich an den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, und hat folgenden Wortlaut:

Petition des Rates der Stadt Telgte:

1. Die Stadt Telgte fordert eine ganzheitliche und koordinierte Betrachtung der drei vorgenannten Vorhaben auf Telgter Stadtgebiet. Die Vorhaben 89 und P407 sowie das Vorhaben 49 sollen untereinander koordiniert und aufeinander abgestimmt werden, um die Auswirkungen besonders auf mehrfach betroffene Kommunen zu minimieren.
2. Die Stadt Telgte fordert daher die Überprüfung von Bündelungsoptionen der verschiedenen (neuen) Trassen, um die Inanspruchnahme von Fläche, die Auswirkungen auf die Landschaft und die Landwirtschaft sowie die Belastung der Menschen vor Ort insgesamt zu verringern. Die Prüfung hat auf übergeordneter Ebene zu erfolgen und muss die regionalen Vorhaben im Blick haben, da die genannten Vorhaben 89 und 49 im Raum Telgte auf unterschiedlichen Planungsebenen erstellt werden. Besonders die Anbindung der Punktmaßnahmen P407 an das Vorhaben 89 sollte frühzeitig in die Trassenplanung einfließen, um zusätzliche Anbindungsleitungen, die eine zusätzliche Zerschneidung der Landschaft zur Folge haben, zu vermeiden.
3. Der Stadtrat spricht sich für eine Erdverkabelung des Vorhabens 89 aus und bittet darum, das Vorhaben Nr. 89 durch gesetzliche Änderung mit dem Kennzeichen „F“ zu versehen, um eine Erdverkabelung als Pilotprojekt im Ganzen oder in Teilbereichen zu ermöglichen. Der Vorhabenträger wird aufgefordert, die Möglichkeit einer technischen Ausführung als unterirdische Leitung zu prüfen. Dadurch würde der Eingriff in den Natur- und Landschaftsraum oberirdisch verringert und die Akzeptanz in der Bevölkerung gesteigert. Dabei ist auch die Ausführung der Leitung als Gleichstromtrasse zu prüfen.
4. Mit Hinweis auf die bestehende 220- bzw. 380-KV-Leitung zwischen Westerkappeln und Gersteinwerk, die von Westerkappeln zunächst über Ibbenbüren nach Westen verläuft und nach einem südlichen Schwenk westlich an Münster vorbeiführt und schließlich ebenfalls in Gersteinwerk endet, besteht für den gesamten Streckenverlauf des Vorhabens 89 eine Bündelungsoption gemäß Paragraph 43 Abs. 3 EnWG. Es müssen daher weitere Bündelungsoptionen außerhalb der derzeitigen Korridore geprüft und hinsichtlich neuer, zusätzlicher Eingriffe in Natur und Landschaft abgewogen werden.

R

Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

<ul style="list-style-type: none"> ▶ Exklusiver Innenausbau ▶ Einbaumöbel ▶ Fenster und Türen ▶ Massivholzmöbel 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Küchen- und Badmöbel ▶ Schiebetürsysteme ▶ Restaurierung ▶ Sonderanfertigungen
---	---

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

Wir Grüne in Telgte werden der Petition über unsere politischen Kanäle nach Berlin Nachdruck verleihen.

Handwerk im Wandel!

... und dringend benötigt für die Umstellung auf ein CO2-freies Wohnen und Arbeiten

Das Handwerk gilt als Rückgrat unserer Wirtschaft, doch es steht vor großen Herausforderungen. Ein zentraler Aspekt, um den Problemen entgegenzutreten, ist der Bürokratieabbau, der Unternehmen entlasten und Innovationen fördern wird. Eine Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und eine digitale Verwaltung schaffen Abhilfe. Auch müssen Handwerksunternehmen in Krisen besser unterstützt werden.

Handwerksgrün e.V. setzt sich auch dafür ein, dass Studium und duale Ausbildung gleichwertig behandelt und wertgeschätzt werden. Auszubildende müssen – angepasst an die heutigen Ansprüche – an ihren Berufsschulen und Berufskollegs

beste Lernbedingungen haben. Insbesondere muss die Weiterbildung zur Industrie- oder Handwerksmeister*in genauso gebührenfrei möglich sein wie der Erwerb eines Hochschulabschlusses.

Wir wollen die Chancen für das traditionelle Handwerk vor Ort, für kleine und mittlere Unternehmen sowie Startups bei öffentlichen Ausschreibungen verbessern.

Bürokratische Hürden bei der Einstellung und Ausbildung von Geflüchteten müssen abgebaut sowie das Matching (Zusammenfinden) von Auszubildenden und Betrieben verbessert werden. Auch die finanzielle Förderung von Handwerksbetrieben soll vereinfacht und für kleinere Betriebe gerechter ge-

staltet werden.

Wir Grünen setzen uns u. a. für eine Ausbildungsumlage, für die Schaffung von bezahlbaren Gewerbeflächen und für eine Gewerbesteuerbremse auf Bundesebene ein, um der vielfach feststellbaren Verdrängung entgegenzuwirken. Die Mobilität von Handwerker*innen und die Umstellung auf emissionsfreie und sichere Fahrzeuge braucht mehr Unterstützung, damit die Betriebe wettbewerbsfähig bleiben. Frauen im Handwerk müssen gefördert werden. Das gilt insbesondere bei selbstständigen Handwerkerinnen.

Hierzu gehört auch die Verbesserung der Regelungen für den Mutterschutz bei selbstständigen Handwerkerinnen.

Diese wurden bereits – initiiert von Handwerksgrün – auf den Weg gebracht.

Wir unterstützen die Integration von Geflüchteten und die Zuwanderung von Arbeitskräften und setzen uns für eine Willkommenskultur ein. Es ist wichtig, die angekommenen Menschen schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren und für sinnvolle Tätigkeiten einzusetzen. Sprache soll sowohl in Kursen als auch am Arbeitsplatz gelernt werden.

Die großen Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft können nur mit einem gut aufgestellten Handwerk bewältigt werden. Das Handwerk ist ein wichtiger Motor bei der Umsetzung der Klimagerechtigkeit – wer sonst installiert PV-An-

lagen auf Dächer, wer sonst versieht öffentliche und private Gebäude mit neuen CO2-freien Heizungen und gut gedämmten und damit energiesparenden Dächern, Fenstern und Wänden? Wir Grüne. In Zusammenarbeit mit Handwerksgrün e.V. wollen wir mit den Unternehmen und Gewerkschaften das Handwerk zukunftssicher machen.

Mehr unter:
www.handwerksgruen.de

Ursula Mindermann, Gründungs- und Vorstandsmitglied von Handwerksgrün e.V.

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Telgte

30 Jahre Einsatz für Chancengleichheit

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“.

So lautet Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes seit 1949. Aber wie sieht die Wirklichkeit im 21. Jahrhundert aus?

Frauen sind in vielen Lebensbereichen weiterhin benachteiligt. Erfasst wird diese Benachteiligung durch den Begriff „Gender Gap“, oder auf deutsch Geschlechterungleichheit: Frauen verdienen weniger als Männer (Gender-Pay-Gap), erhalten durchschnittlich fast 50 % weniger Rente als Männer (Gender-Pension-Gap), leisten mehr unbezahlte Sorgearbeit

(Gender-Care-Gap) oder erfahren weniger Berücksichtigung in Datenerhebungen (Gender-Data-Gap), was z. B. zur Folge hat, dass medizinische Diagnosen für Frauen auf der Basis von männlichen Daten gemacht werden.

Die Gleichstellungsbeauftragte hat einen im Landesgleichstellungsgesetz verankerten Auftrag. Neben den internen Aufgaben in der Verwaltung ist sie auch Anlaufstelle für die Telgter Bürgerschaft und ihre Interessenvertreterin.

Gleichstellung ist trotzdem nicht nur ein Thema für Frau-

en. Auch viele Männer werden aufgrund obsoleter traditioneller Sichtweisen und Strukturen diskriminiert.

Männer in Care-Arbeit. Väter, die ihre Vaterrolle einfordern und Visionen einer neuen Vaterrolle leben. Männer, die rechtmäßig ihre Elternzeit beantragen, sowie Männer, die erkennen, dass eine feministische Perspektive die Welt bereichert.

So stellte es die Gleichstellungsbeauftragte im Gleichstellungsplan vor. Außerdem berichtete sie im Ausschuss über das breit gefächerte Portfolio ihrer Aufgaben.

Sie führt Beratungen zu Wiedereinstieg, Neuorientierung, Elternzeit, aber auch zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und zwischenmenschlichen Problemen.

Sie arbeitet in verschiedenen Arbeitskreisen mit, unter anderem Kreisfrauenforum, AK „Wir Frauen in Telgte“, organisiert diverse Veranstaltungen und Vorträge, auch gemeinsam mit anderen Akteurinnen, beispielsweise „Stoppt Gewalt an Frauen“, „Finanzen sind weiblich“ u.s.w.

Seit 30 Jahren gibt es Gleichstellungsbeauftragte im Telg-

ter Rathaus. Von dieser Arbeit kann man sich ab Mitte Januar im Foyer des Rathauses ein Bild machen.

Ein Blick lohnt sich hier sicher, denn nur gemeinsam kann eine gleichgestellte Gesellschaft entstehen.

s.g.



Bebauungsplan Heideweg auf Eis gelegt

Nachdem einige Eigentümer im Siedlungsgebiet Heideweg den Wunsch geäußert hatten, auch in den Gärten bauen zu dürfen, hat die Verwaltung seit 2020 Überlegungen angestellt, wie dieser Wunsch erfüllt werden könnte.

Das Planungsbüro Wolters-Partner erarbeitete einen Bebauungsplanentwurf, der für die rückwärtigen Grundstücksbereiche eine eingeschossige Bebauungsmöglichkeit mit Flachdach vorsah. Mit diesem Planungsansatz sollte dem Wunsch nach qualitativvoller Nachverdichtung einerseits und dem Erhalt eines homogenen Siedlungscharakters anderer-

seits entsprochen werden.

Ende Mai bis Anfang Juli 2022 wurde die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Bei der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurde seitens des Abwasserbetriebs TEO AöR mitgeteilt, dass die im Plangebiet vorhandenen Mischwasserkanäle bereits ausgelastet seien und eine Nachverdichtung die bestehende Situation zusätzlich belasten würde. Eine Ertüchtigung des Entwässerungssystems wurde auf 3 und 4,2 Mio. Euro geschätzt. Für den ökologischen Ausgleich, der bei Festsetzung einer üblichen Grundflächenzahl von 0,4 (40 Prozent des Grundstücks dür-

fen bebaut werden) erforderlich wird, ergibt sich eine monetäre Belastung von circa 117.000 Euro (5070 Ökowerteinheiten), die nicht auf die privaten Eigentümer*innen umgelegt werden können und vollständig durch die Stadt zu begleichen wären.

Aufgrund der aktuell hohen Kosten für die Gebühren- und Steuerzahlenden und weil auch einige Eigentümer*innen Bedenken gegen die Bebauung der Gärten hatten, wurde die Weiterführung des Bebauungsplanes für unbestimmte Zeit zurückgestellt. Eine Bebauung „in zweiter Reihe“ ist somit weiterhin ausgeschlossen. Für einzelne Nachverdichtungen wird

im Bauantragsverfahren ein Entwässerungsnachweis zu führen sein, der durch den Abwasserbetrieb in jedem Einzelfall zu beurteilen ist. Die Situation ändert sich noch mal, wenn in 10 bis 15 Jahren eine Erneue-

rung der Entwässerung für das gesamte Gebiet ansteht. Dann könnten die Planungen wieder aufgenommen werden.

u.w.



Warum überhaupt verkehrsberuhigte Bereiche?

Im letzten Jahr wurde von uns auf Anregung aus der Bürgerschaft ein verkehrsberuhigter Bereich in Westbevern-Vadруп (Am Eschkamp) beantragt.

Daraufhin wurden einige Kommentare und Leserbriefe verfasst, die zumeist die Meinung vertraten, dass hier etwas überreguliert wurde, das innerhalb einer Nachbarschaft im gegenseitigen Einvernehmen regelbar wäre. Daher möchten wir einmal erläutern, was die Unterschiede zwischen einer „normalen“ Tempo-30-Zone und einer verkehrsberuhigten Zone sind:

1. Fahrzeuge müssen mit Schrittgeschwindigkeit bewegt werden.
2. Fußverkehr darf nicht durch den Fahrzeugverkehr gefährdet oder behindert werden. Wenn nötig, muss der Fahrzeugverkehr warten.
3. Der Fußverkehr darf den Fahrzeugverkehr nicht unnötig behindern.
4. Fahrzeuge müssen innerhalb gekennzeichnetener Flächen geparkt werden. Ausgenommen ist davon das Ein- und Aussteigen sowie das Be- und Entladen.
5. Der Fußverkehr darf die gesamte Straßenbreite nutzen.

Spielende Kinder sind überall erlaubt.

Zusammengefasst: Fußverkehr geht vor Fahrzeugverkehr (also auch vor Fahrrädern). Eigentlich sollte das in Wohngebieten Standard sein, insbesondere dort, wo Spielplätze sind und vermehrt Kinder auf der Straße spielen – wie Am Eschkamp.

Die endgültige Prüfung, ob die Straße Am Eschkamp verkehrsberuhigt wird, liegt nun beim Kreis Warendorf. Der Rat der Stadt Telgte hat dem Antrag bereits zugestimmt.

m.b.



Foto: Michael Brandherm

Klimawandel aktuell: die asiatische Hornisse

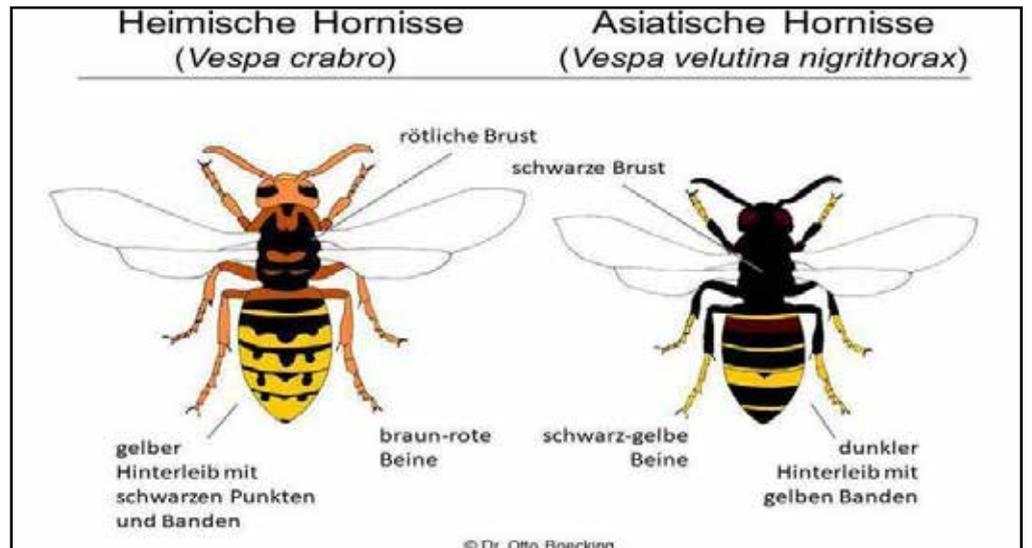
Eine der vielen Folgen des Klimawandels ist, dass wir uns in Zukunft immer häufiger mit sogenannten invasiven Tierarten befassen müssen. Ein oft genanntes Beispiel ist die asiatische Hornisse, die ursprünglich aus dem Südosten Asiens (Südchina, Taiwan, Himalaja, Indonesien) stammt.

Ausgehend von einer Freisetzung in Südwest-Frankreich im Jahr 2004 hat sie sich über Belgien und die Niederlande bis nach Deutschland ausgebreitet. Einen ersten Einzelfund gab es 2020 im Kreis Heinsberg im Grenzbereich zu den Niederlanden. 2022 wurden erstmals Nester in NRW gefunden, unter anderem im Kreis Viersen, Kreis Heinsberg, Köln, Düsseldorf und Duisburg. 2024 wurde das erste Nest in Münster entdeckt.

Da die weitere Verbreitung voraussichtlich nicht aufzuhalten sein wird, sollten zumindest die

Schäden, die durch die invasive Art zu erwarten sind, möglichst gering gehalten werden. Besonders in der zweiten Jahreshälfte, wenn ihr Sekundärnest vollständig ausgebaut ist, bedroht die asiatische Hornisse nicht nur Honigbienen, sondern auch alle Arten von Wildbienen und kann deren Populationen erheblich dezimieren. Sie greift die Völker an, schwächt sie und erschwert die Honigproduktion. Zudem jagt sie andere Bestäuber und Insekten, was die Vielfalt an bestäubenden Arten gefährdet und das ökologische Gleichgewicht stören kann.

Die Entfernung der Sekundärnester ist aufwendig und teuer, da sie in der Regel in Baumkronen ab zehn Metern Höhe liegen. Deshalb ist es wichtig, im zeitigen Frühjahr die kleineren Primärnester zu erkennen und zu entfernen. Hierzu bereiten wir Grünen gerade einen An-



Bildrechte: Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

trag für den Klimaausschuss vor. Die Kosten für die Nestentfernung müssen derzeit noch die betroffenen Städte tragen, in Zukunft könnte das aber auf die Grundstückseigentümer*innen zurückfallen. Umso wichtiger

ist es, die Primärnester frühzeitig zu finden und zu beseitigen.

Die asiatische Hornisse lässt sich relativ einfach von der heimischen Hornisse unterscheiden. Sie ist etwas kleiner und dunkler als ihre heimische

Verwandte und hat auffällige schwarz-gelbe Beine. Die heimische Hornisse erkennt man an ihrem gelb-schwarz gemusterten Hinterleib.

m.b.

Welche Wege in der Waldsiedlung?

Der Zustand der Straßen Klatenbergweg, Wald- und Eichenweg lässt zum Teil sehr zu wünschen übrig. Regelmäßig müssen Schlaglöcher ausgebessert werden, es gibt teilweise keine funktionierende Entwässerung, sodass Regenwasser große Pfützen bildet.

In einigen Siedlungsbereichen fehlt immer noch der erstmalige Straßenausbaubau. Das soll sich nach Meinung der Stadtverwaltung ändern.

Ende des Jahres haben wir im Bauausschuss das weitere Vorgehen festgelegt. Die Fraktionen beauftragten die Verwaltung, den Ausbauplan 2025 mit

einem deutlich reduzierten Wegestandard wie bei Wirtschaftswegen ohne zusätzliche Finanzmittel weiterzuentwickeln. Dies soll in Abstimmung mit den Plänen für ein mögliches Wärmenetz in der Waldsiedlung geschehen.

Der bisherige Sachstand fand in der Politik keine Zustimmung. Unser Standpunkt: Die Pläne waren für das im Wald gelegene naturnahe Wohnviertel überdimensioniert und für die momentan angespannte kommunale Finanzlage auch zu teuer. Die entsprechend eingestellten Mittel haben wir mit großer Mehrheit der Parteien

aus dem Haushaltsplan 2025 gestrichen. Das i-Tüpfelchen für diese Entscheidung war für uns das mögliche Wärmenetz in der Waldsiedlung. Es wäre nicht sinnvoll, jetzt einen Straßenausbaubau zu beauftragen, um dann gegebenenfalls in zwei bis drei Jahren die Asphaltdecke für das Wärmenetz erneut aufzureißen.

Die Verwaltung wird die Planung nun mit „Bordmitteln“ entsprechend anpassen. Die Ergebnisse werden dann im Bauausschuss und in einer weiteren Anliegerversammlung vorgestellt.

k.b.



SUPER SALE!

2heaven Eco Fashion Store for Women + Men
Kapellenstraße 4, Telgte. 0 25 04 - 9 86 49 38

2HEAVEN
organic & fair fashion

Naturschutz-Förderprogramme für Initiativen und Unternehmen auch in Telgte

1.000 x 2.000 Euro

Die Grünen aus dem Kreisverband Warendorf machen auf eine neue Antragsrunde für eine Förderinitiative der schwarz-grünen Landesregierung zum Schutz der Artenvielfalt aufmerksam. Ein Lebensraum für Insekten auf dem Schulhof, Aufbau eines Biotops, eine Mitmachaktion, um Kinder oder Nachbar*innen für Natur- und Artenschutz zu begeistern: „Mit den Umweltschecks bietet NRW eine neue Möglichkeit, um Natur-

schutzprojekte unkompliziert zu fördern“, betont Hedwig Tarner, Grüne Landtagsabgeordnete aus Warendorf.

Anträge für die Förderung in Höhe von 2.000 Euro sind ab dem 1. Januar möglich, ein Eigenanteil ist nicht erforderlich. Schnell sein lohnt sich: Bis zu 1.000 Projekte können niedrigschwellig Unterstützung des Landes erhalten. Initiativen, Vereine und Privatpersonen können ganz einfach online die Förderung für ihr Naturschutz-

projekt beantragen. Nach ersten Bewilligungen wird es zeitnah eine weitere Antragsrunde geben.

Das Artensterben schreit lautlos voran. Neben dem Klimawandel ist der Verlust der biologischen Vielfalt die zweite große ökologische Krise unserer Zeit, die wir ernst nehmen müssen. Umso wichtiger sind Initiativen auch im Kreis Warendorf. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, einen echten Mehrwert für die Natur zu

schaffen.

Informationen zum Prozedere gibt es auf der Website des Landesumweltministeriums.

Auf ein anderes Förderprogramm zum Wohle der Natur macht Anja Beiers, die Bundestagsdirektkandidatin der Grünen aus dem Kreis Warendorf, aufmerksam: Das Bundesumweltministerium fördert Unternehmen dabei, auf Betriebsgeländen naturnahe Grünflächen und Kleingewäss-

er zu schaffen, Flächen zu entsiegeln und zu renaturieren, Bäume zu pflanzen, Gebäude zu begrünen und lokal ein Niederschlagsmanagement durchzuführen. Die Vorhaben sollen ökologisch wertvolle Trittsteine bilden sowie Betriebsgelände attraktiv für Natur und Mensch gestalten.

k.b.

Wer wagt, gewinnt – nette Leute, sinnstiftenden Einsatz und interessante Einblicke

Schnuppertreffen für kommunalpolitisch Interessierte am Dienstag, 25.2., um 19:15 Uhr im Rathaus

Am 14. September 2025 findet die nächste Kommunalwahl in Telgte statt. Wer vielleicht immer mal überlegt, sich kommunalpolitisch engagieren zu wollen – jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, um einzusteigen! Es bleibt Zeit, um Grüne als nette und tatkräftige Gruppe sowie die Verfahren in den Ausschüssen und im Rat kennenzulernen.

Um allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, ganz niederschwellig und ohne Verpflichtung einen Eindruck von der Arbeit in den kommunalen

Gremien zu bekommen, bietet die Grüne Ratsfraktion am Dienstag, 25. Februar, um 19:15 Uhr im Rathaus wieder einen „Schnuppertermin“ an. Anders als in unseren ohnehin für Interessierte immer offenen Fraktionssitzungen gibt es bei diesen Schnupperterminen eine vorgeschaltete Einführung, in der die wichtigsten Begriffe und Mechanismen der Rats- und Ausschussarbeit erläutert werden, sodass in der dann anschließenden Fraktionssitzung das dortige Geschehen schon ein wenig besser eingeordnet werden kann.

Es könnte passieren, dass ihr diesen Abend interessant findet. Wer sich letztlich eine Arbeit in

kommunalen Gremien vorstellen kann, ist herzlich eingeladen, sich bei der anstehenden Wahl auf unserer Liste oder für einen Wahlkreis als Kandidat*in aufstellen zu lassen. Aber auch ohne eine solche Kandidatur können sich Interessierte in den meisten Gremien auch als sogenannte*r Sachkundige*r Bürger*in einbringen.

Wer jetzt nur „Bahnhof“ versteht, ist herzlich zu unserem nächsten Schnuppertermin eingeladen, um etwas Licht ins Dunkel der Kommunalpolitik bringen zu lassen.

k.b.



Bezahlkarte auch in Telgte?

In den nächsten Wochen wird uns im Rat die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete beschäftigen. Aufgrund landesrechtlicher Vorgaben kann jede Kommune selbst entscheiden, ob sie die Karte einführt.

Aber was bedeutet diese Bezahlkarte konkret?

Geflüchtete erhalten ihre staatlichen Leistungen über eine Karte, mit der keine Überweisungen möglich sind und mit der im Monat nur 50 Euro Bargeld abgehoben werden kann.

Der Bund wollte mit der Bezahlkarte offenbar abschrecken: Die Flucht nach Deutschland sollte weniger attraktiv wirken, und Überweisungen ins Heimatland sollten unterbunden

werden.

Wir als grüne Ratsfraktion sind sehr skeptisch, dass diese Ziele erreicht werden. Denn: Wie häufig Geflüchtete tatsächlich Geld ins Ausland überweisen, ist unklar. Die Bundesbank liefert dazu nur Schätzungen, die nicht zeigen, woher die Mittel stammen. Sie betont, dass ihre Zahlen keine Rückschlüsse darauf zulassen, ob und in welchem Umfang Geflüchtete Sozialleistungen ins Ausland schicken. Rund 75 % der Überweisungen gehen an Angehörige in Europa, vor allem in die Türkei, nach Rumänien und in die Ukraine. Dieses Geld stammt überwiegend von Arbeitsmigrant*innen, die ihren Lohn teilen – nicht von Sozialleistungsempfänger*innen.

Welche Folgen hat diese neue Bezahlkarte für die Betroffenen?

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz liegen unter dem Existenzminimum, etwa 20 % unter dem Bürgergeld. Für den persönlichen Bedarf erhält 2025 jeder alleinstehende Erwachsene monatlich 196 Euro zusätzlich zum Grundbedarf von 245 Euro (Sätze wurden im Vergleich zu 2024 gekürzt). Im Ernst: Wie viel könnte man da sparen, um es weiterzuschicken?

Da davon nur 50 Euro im bar ausgezahlt werden sollen, erschwert die Karte den Alltag erheblich. Einkäufe auf Flohmärkten, in kleinen Läden, auf Ebay oder im Secondhand-Shop

werden fast unmöglich, wenn die Karte nicht akzeptiert wird. Versicherungen, Telefonverträge, Online-Bestellungen oder das Deutschlandticket erfordern Überweisungen, die die Karte nicht erlaubt. Sie schränkt die Betroffenen ein, diskriminiert sie und verhindert kostengünstige Lösungen. Sollte die Nutzung der Karte zusätzlich auf bestimmte Geschäfte oder Regionen beschränkt werden, wäre das ein weiterer Eingriff in die Selbstständigkeit und Würde der Menschen.

Das kritisieren alle Flüchtlingsinitiativen, die mit viel Ehrenamt Menschen dabei unterstützen, sich in Deutschland zurechtzufinden und ihren Alltag so selbstständig wie möglich zu gestalten.

Auch für die Verwaltungen bringt die Bezahlkarte keine Entlastung, sondern mehr Arbeit. Die Umstellung des bestehenden Systems, die Bearbeitung von Ausnahmefällen und die Prüfung besonderer Härten würden zusätzlichen Aufwand verursachen – so die Einschätzung der Telgter Verwaltung.

Menschen fliehen aufgrund von Krieg, Unterdrückung und humanitären Notlagen. Fluchtbewegungen lediglich auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen und zu sanktionieren, greift deshalb zu kurz.

k.m.

Ortsdurchfahrt Westbevern

Der Umbau der Kreuzung im Dorf wird konkret! Die Pläne liegen schon länger vor, jetzt wurden sie zunächst in einer Anwohnerversammlung am 07.10.2024 und dann im Rat am 12.12.2024 vorgestellt.

Seit 2022 hat sich wenig geändert: Die Grevener Straße soll im Kreuzungsbereich breiter werden, um eine kurze Linkabbiegerspur zu schaffen. Eine Ampelanlage soll künftig den Verkehr regeln. Dazu ist der Ab-

riss von zwei Häusern notwendig, denn nur so kann der Begegnungsverkehr insbesondere von Lkw konfliktfrei ablaufen. Neu ist, dass der Landesbetrieb Straßen.NRW zugesagt hat, die Kosten für die Maßnahme vollständig zu übernehmen.

Im günstigen Fall kann schon 2026 mit dem Bau begonnen werden. Allerdings sind bis dahin noch viele Fragen offen, so hat die Feuerwehr Sorge, dass rote Ampeln ihre Einsatzzei-

ten verlängern könnten, wenn Einsatzwagen oder einrückende Feuerwehrleute im Stau vor der Kreuzung stecken. In einem Gespräch am 21.11. erläuterten die Kameraden Vertreter*innen der Politik und Verwaltung die Problematik. Auch unsere Bürgermeisterkandidatin Katja Behrendt verschaffte sich ein Bild von der Lage vor Ort. Alle waren sich einig, dass hier Lösungen gefunden werden müssen, die die Einhaltung der Brandschutzziele weiterhin garantieren.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass im Kreuzungsbereich mehrere private Parkplätze und Einfahrten zugänglich bleiben müssen. Zu den bisherigen Anregungen gehört auch eine Fußgängerquerung in der Lengericher Straße. Die Zeit bis zum Bau soll genutzt werden, diese und andere Vorschläge mit den Betroffenen zu diskutieren und Lösungen zu finden, damit die Kreuzung später für alle zufriedenstellend funktioniert. Wer noch Anregungen oder Ideen hat, kann sie der



Diese Häuser müssen für den Straßenbau weichen. Foto: C. Grünewald



Schäden als Folge beim Abbiegen Foto: C. Grünewald

Stadt auch weiterhin mitteilen!

Der Kreuzungsausbaue soll mit dem Bau eines Radwegs von der Einmündung Mühlenkamp bis zur Lengericher Straße auf der Südseite der Grevener Straße verbunden werden, damit Radfahrende sicherer durchs Dorf kommen. Für den Bereich von Nosthoff bis zum Ortsausgang Richtung Telgte sind leider noch nicht alle notwendigen Grundstücksverhandlungen abgeschlossen, hier ist Geduld gefragt.

Trotz unbestreitbarer Verbesserungen bleiben auch

Wermutstropfen, der „große Wurf“ ist nicht gelungen. Das Dorf muss weiterhin mit dem Schwerlastverkehr leben, es ist zu befürchten, dass der Ausbau zusätzlichen Verkehr anlockt, dem die Durchfahrt bisher zu eng war. Es wird weder weitere Geschwindigkeitsbegrenzungen noch ein Nachtfahrverbot für Lkw geben. Und es werden Häuser im Dorfkern geopfert und Flächen asphaltiert, statt den Verkehr aus dem Dorf zu verbannen.

c.g.

Ziemlich beste Freunde: Warum Natur- und Klimaschutz nur gemeinsam stark sind

Gastbeitrag von Katrin Uhlig (MdB) und Dr. Jan-Niclas Gesenhues (MdB, Staatssekretär im Bundesumweltministerium)

Naturschutz und Klimaschutz gehören zusammen. Die eskalierende Klimakrise lässt schon heute Wälder verdorren und Arten sterben. Naturschutz braucht Klimaschutz. Umgekehrt braucht Klimaschutz auch Naturschutz.

Als Grüne in der Regierung haben wir massiv erneuerbare Energien ausgebaut, um im Energiebereich unabhängig und klimaneutral zu werden. Gleichzeitig investieren wir mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz so viel Geld wie noch nie in den Erhalt und die Wiederherstellung der Natur. Mit den Beschlüssen des Weltnaturabkommens, des Europäischen Renaturierungsgesetzes und den nationalen Artenhilfsprogrammen haben wir große Fortschritte für Natur-, Klima- und Artenschutz erzielt. Denn wir denken Klimaschutz, Naturschutz und die Energiewende zusammen.

Energiewende naturverträglich gestalten

Unser Anliegen ist es, die Energiewende naturverträglich zu gestalten. Dafür haben wir

erstmals gesetzliche Artenhilfsprogramme eingeführt. Diese unterstützen gezielt Arten, die durch den Ausbau von Energieinfrastruktur betroffen sind, wie Schreiadler, Rotmilan, Fledermaus und Schweinswal. Finanziert werden sie durch Beiträge der Anlagenbetreiber und aus öffentlichen Mitteln. Im Bereich der Offshore-Windenergie haben wir eine besonders innovative Lösung gefunden: Indem wir die Betreiber verpflichten, einen bestimmten Beitrag zur Finanzierung des Meeresnaturschutzes zu leisten, haben wir heute so viel Geld für den Meeresnaturschutz zur Verfügung wie noch nie. Das ist dringend nötig angesichts des schlechten ökologischen Zustands von Nord- und Ostsee.

Solar-Ausbau und Natur müssen Hand in Hand gehen

Besonders im Bereich der Photovoltaik berücksichtigen wir zudem naturschutzfachliche und landwirtschaftliche Interessen. Bundesweit werden nun naturschutzfachliche Mindestkriterien von Freiflächen-PV-Anlagen im Er-

neuerbare-Energien-Gesetz eingeführt. Dabei müssen die Anlagenbetreiber aus fünf Maßnahmen drei auswählen, beispielsweise Regelungen für den maximalen Bedeckungsgrad oder die Durchlässigkeit für Tiere. Gleichzeitig schafft das Solarpaket I Anreize, um weitere Flächen doppelt zu nutzen, z. B. im Rahmen von Parkplatz-PV, bei denen über Parkplätzen Solaranlagen aufgeständert werden.

Klima- und Naturschutz beschleunigen

Wir haben den Turbo bei den Erneuerbaren gezündet. Jetzt brauchen wir auch eine umfassende Beschleunigung für den Naturschutz. In unserem Vorschlag für ein neues Hochwasserschutzgesetz haben wir beispielsweise schon viele konkrete Regelungen aufgenommen, um den ökologischen Hochwasserschutz zu beschleunigen. Mit einer klugen Flächenpolitik können wir zudem gleichzeitig den Naturschutz schneller voranbringen, eine naturangepasste Bewirtschaftung ermöglichen und hochwertige Ausgleichsflä-



Jan-Niclas Gesenhues und Tatjana Scharfe Foto: Katja Behrendt

chen schaffen. Denn bis 2030 müssen 30 % der Land- und Meeresfläche unter wirksamem Schutz stehen. Darauf hat sich

die Weltgemeinschaft 2022 in Montreal geeinigt.

Mit Mut in die Zukunft

Wofür wir Grüne zur Bundestagswahl antreten!

Wir leben in Zeiten, in denen sich vieles geändert hat: Bedrohliches wie das Fortschreiten des Klimawandels und des Artensterbens, Rückschritte in der Demokratie weltweit oder neue große Kriege, auch in unserer Nachbarschaft.

Aber es gibt auch Positives, wie Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, mehr Solidarität und zumindest teilweise mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit des Zusammenhalts und Schutzes der Schwächsten.

Nur ein vereintes Europa hilft

zunächst einmal zurück gewinnen.

Deshalb wollen wir weiter regieren. Dafür brauchen wir Partner. Auch da müssen wir aus unseren Fehlern lernen: Was inhaltlich erkennbar nicht zusammengeht, bricht spätestens unter Druck auseinander, das Ergebnis haben wir gerade mit der neoliberalen FDP erlebt. Unsere neue Partnerschaft muss darauf gründen, dass sich heute vieles ändern muss, damit wir alle auch morgen gut leben können. Wer mit uns koalieren will, der muss bereit sein, bei zentralen Vorhaben entschieden mit voranzugehen.

werden.

Jeder Sektor muss seinen Beitrag leisten, insbesondere der Verkehrssektor. Wir treten ein für eine Verkehrswende mit wirksamer Temporegulierung, wirksamem Klimaschutz bei Neubau und in den Bestandsgebäuden, Schaffung von CO₂-Senken durch intakte Wälder und Moore, den Umbau der Industrie auf grünen Wasserstoff und mehr. Als sozialen Ausgleich für die Kosten der Bürger*innen für die nötigen Klimaschutzmaßnahmen setzen wir die Einführung des Klimageldes durch.

2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen:

Wir wollen ab 2035 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen. Dazu muss vor allem die Ladeinfrastruktur und der Speicherausbau massiv vorangebracht werden.

3. Landwirtschaft nachhaltig machen:

Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab und steigen auf eine Landwirtschaft ohne Ackergifte und Gentechnik um. Wir werden die großen Agrarbetriebe nicht mehr subventionieren und die kleineren Höfe sowie ökologisch arbeitende Betriebe stärker fördern. Sie können eine klimagerechte Landwirtschaft besser und effizienter umsetzen, wenn sie ausreichend unterstützt werden.

4. Europa zusammenführen:

Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen. Wir werden ein massives Zukunftsinvestitionsprogramm für Klimaschutz, erneuerbare Energien und Digitalisierung auflegen und dafür auch die Verschuldungsregeln in der EU ändern und die Schuldenbremse in Deutschland für Investitionen in die Zukunft öffnen. Gegen rechtsradikale und autokratische Tendenzen in der EU werden wir mit allen demokratischen Kräften in der EU gemeinsam vorgehen. Der erste Schritt wird ein wirksames Unterbinden der Fakenews in den sog. „sozialen“ Medien sein.

5. Familien stärken:

Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit weiteren zusätz-



lichen Milliarden Euro: das grüne Familienbudget – mit allem, was dazugehört – stärkt nicht nur Familien, sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen. Wir wollen die Kindergrundsicherung endlich umsetzen und ausreichend finanzieren.

6. Soziale Sicherheit schaffen:

Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um, beenden

die Verantwortung genommen werden. Deshalb wollen wir „Tax the rich“, d.h. eine Reichen-, Erbschafts- und Vermögenssteuer umsetzen.

7. Integration zum Erfolg führen, Geflüchtete schützen:

Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen durchsetzen, dass anerkannte Geflüchtete ihre Familien nachholen dürfen. Mit



die Zwei-Klassen-Medizin und gewährleisten ein angemessenes Rentenniveau. Zur Finanzierung des Gemeinwesens und der sozialen Sicherungssysteme müssen die Reichen stärker in

uns gibt es keine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und vor allem Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Weiteren Verschärfungen



uns aus der Krise – wenn wir uns jetzt alle einbringen und dafür kämpfen.

Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen. Dazu gehört zuallererst eine kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik der letzten drei Jahre: kritisch, aber konstruktiv, um aus den Fehlern zu lernen und das gute Erreichte weiter zu fördern. Wir haben gelernt: Wir müssen den Fortschritt erkämpfen. Mit vielen alten und neuen Verbündeten; die alten müssen wir allerdings teilweise

Grüner 10-Punkte-Plan kompakt

1. Klimaschutz voranbringen:

Wir sind aus der klimafeindlichen Kohle ausgestiegen. Dennoch bedarf es weiterer großer Anstrengungen, unsere – aus dem Pariser Abkommen resultierenden – verbindlich unterschriebenen Klimaschutzziele und unser Ziel, 100% Erneuerbare Energie im Strombereich bis 2045 zu erreichen, einzuhalten. Dazu müssen das Klimaschutzgesetz und die Sektorgrenzen wieder in Kraft gesetzt

Röwekamp & Stumpe

Tischler-Meisterbetrieb
Handel mit ökologischen Baustoffen



Handwerk
Am Roestruper Bahnhof 36 in Telgte

Handel/Ladengeschäft
Wareндorfer Straße 38 in Münster

www.roewekamp-stumpe.de



Wofür wir Grüne stehen



in dieser Richtung, wie etwa Lager zur Beurteilung von Asylsuchenden außerhalb der EU-Grenzen erteilen wir eine scharfe und deutliche Absage.

8. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben:

(LGBTIQ) endlich beenden.

9. Freiheit sichern:

Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik: Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der



Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir wollen, dass diejenigen als Leistungsträger anerkannt und honoriert werden, die etwas für andere Menschen und die Gesellschaft leisten. Wir wollen Diskriminierung aller Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queers

Bürgerrechte reagiert. Wir nehmen die Bedrohung aus Russland, dem Iran und anderen Regimen ernst. Aber wir wissen auch, dass eine Hochrüstung uns einen fragilen, irgendwann brechenden Frieden bringen wird – und somit im Endeffekt immer Krieg. Daher werden wir die Bemühungen um Deeskalationsstrategien, Konfliktprevention, Konfliktlösungs- und

beherrschungsszenarien, Möglichkeiten des zivilen Widerstandes im worst case deutlich stärken und ausbauen, zulasten des Militäretats. Vor allem werden wir auf Diplomatie setzen und diesbezüglich mit allen Ländern, der UN und Bündnissen wie BRICS zusammenarbeiten, um Krisen, Konflikte und Kriege friedlich zu lösen. Weiterhin sorgen wir im inneren für die Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist, wobei wir auch hier den Schwerpunkt auf Prävention legen.

10. Fluchtursachen bekämpfen:

Deutschland trug bisher mit seinem Anteil am Klimawandel und der Unterstützung von Diktatoren und Autokraten sowie mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Unterstützung und Rüstungsexporte mit einem verbindlichen, wirksamen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit. Deshalb werden wir das Lieferkettengesetz, welches für Unternehmen in der EU gilt, zum weltweiten Standard für alle global agierenden Unternehmen machen. Handelsabkommen wie Mercosur, die vornehmlich der Industrie und den Großunternehmen Vorteile, den Arbeitnehmern und z.B. den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben Nachteile bringen, lehnen wir ab.

Unser verbindliches Angebot zur Bundestagswahl

Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber die wichtigsten. Sie sind unser Maßstab für eine weitere Regierungsbeteiligung. Sie sind unser verbindliches Angebot an Sie, die Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie die GRÜNEN wählen, bekommen Sie dafür vollen Einsatz. Wir wollen den Stillstand und die Unentschlossenheit ablösen, den die Ampel leider bot. Deshalb sind wir bereit, nach der Wahl mit allen Parteien außer der AfD und der FDP – die sich selbst disqualifiziert hat – über die Umsetzung unserer Vorhaben zu sprechen. Das entspricht unserem Verständnis von Demokratie und

Verantwortung. Doch über mögliche Mehrheiten entscheiden Sie als Wählerinnen und

werden können, werden wir als Opposition für Veränderung und gesellschaftliche Mehrheiten



Wähler. Je stärker die GRÜNEN im nächsten Deutschen Bundestag und einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht haben wir auch, um diese Ziele durchzusetzen. Regieren können und werden wir, wenn die Richtung stimmt, unsere Kernvorhaben umgesetzt werden und wir uns auf die neuen Partner verlassen können. Das ist unser Anspruch, um verantwortungsvoll mit Ihrer Stimme umzugehen. Wenn unsere Kernvorhaben nicht umgesetzt

ten kämpfen. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren Mitgliedern in einer Urabstimmung vorlegen. Wir wollen eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte und vor allem eine friedliche Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den Politikwechsel auf den Weg bringen.

Mit Mut in die Zukunft!

ZWEIRAD ROSS
www.zweirad-ross.de
Schürenstraße 7-9 | Sassenberg | 02583/1005

STEVEN'S
BIKES

E-SIMETO

NEUER Bosch, Performance Line SX Motor mit CompactTube Akku · Riemen · Enviolo City Varianten verfügbar (auch mit Gepäckträger hinten)

ooohne – Sauberkeit neu gedacht

Wie eine Telgterin mit ihrem Startup für mehr Transparenz in der Reinigungsmittelbranche sorgt

Drei von vier Deutschen möchten nachhaltiger leben, doch die Reinigungsmittelbranche bleibt unübersichtlich: Unzählige Plastikflaschen, unverständliche Inhaltsangaben und zweifelhafte Ökoversprechen prägen das Bild. Das Startup ooohne aus Telgte will das ändern – mit konzentrierten Reinigern in Papierverpackung und radikaler Transparenz ooohne verrät, was andere lieber geheim halten: Inhaltsstoffe werden klar erklärt, die Hersteller vorgestellt und sogar Gehälter und eigene Schwächen in Sachen Nachhaltigkeit offen kommuniziert.

Carolin Möllenbeck und Jan Leponiemi hatten es satt, dass nur Chemiker:innen die Inhaltsangaben auf Reinigungsmitteln verstehen können – ein Umstand, den viele Hersteller gezielt ausnutzen. Wer kennt schon Polyvinylpyridine-N-Oxide? Damit kann ein Unternehmen beispielsweise

flüssige Kunststoffverbindungen in seinem Waschmittel verarbeiten und diesem den Werbeslogan „Für saubere Meere“ verpassen, ohne sein vermeintliches Öko-Image zu gefährden. „In unserer Branche ist viel zu viel Greenshushing am Start. Unser Ziel ist es daher, sie grundlegend umzukrempeln.“ sagt Carolin Möllenbeck, Gründerin aus Telgte.

Über ooohne: Nachhaltige Reinigungsmittel vom transparentesten Startup Deutschlands

2019 machte sich das Gründer-Duo auf den Weg, Reinigungsmittel von Plastikverpackungen und unnötigen Inhaltsstoffen zu befreien. Was keinen Beitrag zur Reinigungskraft hat, wurde radikal gestrichen: Duft- und Farbstoffe, Füllstoffe, Wasser, Mikroplastik oder mineralölbasierte Tenside kommen bei ooohne nicht in die Tüte. Der Name ist Programm! Die zertifizierten Produkte sind extrem ergiebig, reduzieren Verpackungsmüll



Foto: Carolin Möllenbeck

und schonen unsere Gewässer. Doch das Beste: ooohne spart an Überflüssigem, nicht an Reinigungskraft.

Seit 2021 sind die Produkte erhältlich – überwiegend über die

Homepage <http://ooohne.de>, aber auch bei Handelspartnern wie „2HEAVEN Eco Fashion“ oder in der „KULT Manufaktur“ vor Ort.

Die wohl sparsamsten Reini-

gungsmittel der Welt stammen aus Telgte – eine wirklich saubere Sache!

Sport im Fokus

Einen besonderen Schwerpunkt gab es beim letzten Ausschuss für Generationen und Soziales: Wir haben uns mit den Sportangeboten und Sportvereinen in Telgte beschäftigt.

Die Möglichkeiten sind groß, denn natürlich geht Sport nicht nur im Verein, sondern auch selbstorganisiert auf den offenen Bolzplätzen und den neuen Anlagen zum Dirtbiken sowie im Ninja-Parcours in der Nähe der Ems.

Stellvertretend für die vielen Sportmöglichkeiten in Vereinen waren zum Ausschuss die drei größten Sportvereine – der SV Ems-Westbevern, die SG Telgte und der TV Friesen – eingeladen, um ihre Angebote und Anliegen vorzustellen. Neben Fuß-

ball bieten sie eine breite Palette an Turn- und Sportangeboten.

Alle drei Vereine berichteten, dass sie dringend auf der Suche nach Übungsleiterinnen und Trainern sind, um dem Bedarf mit vielen Wartelisten zu begegnen. Dazu bieten sie den Interessierten die entsprechenden Schulungen und Unterstützung an.

Für die erforderlichen Konzepte für den Schutz von Kindern und Jugendlichen gab es innerhalb der Vereine Informationsveranstaltungen; die Konzepte machen zwar viel Arbeit, schärfen aber auch die Aufmerksamkeit.

Als Grüne Fraktion können wir nachvollziehen, wie schwierig es ist, in ehrenamtlichen Strukturen solche neuen Her-

ausforderungen zu stemmen. In Fragen des Kinderschutzes ist es jedoch wichtig, dass bis zum letzten mithelfenden Elternteil alle sensibilisiert sind und wissen, wie man mit einem ungenuten Gefühl oder Andeutungen von Kindern und Beobachtungen umgehen soll. Alle Hinweise müssen ernst genommen werden. Wir sind erleichtert, dass sich die Sportvereine auf den Weg gemacht haben und diesen auch kontinuierlich weitergehen wollen.

Uns interessierte auch, wie die Integration in den Sportvereinen gelingt, insbesondere von Kindern aus Familien mit begrenzten finanziellen Mitteln. Hier ist ein Indikator, bei wie vielen Kindern der Vereinsbeitrag über einen öffentlichen Zu-

schuss (Bildung und Teilhabe) unterstützt wird. Mit dem Wissen, dass gerade Sport sehr niederschwellig verbinden kann, scheint uns dieser Anteil von 2,5 bis 8 % der minderjährigen Mitglieder noch ausbaufähig.

In Bezug auf die Teilhabe behinderter Kinder und Jugendlicher ist es in Telgte noch schwierig – die drei Vereine können jedenfalls kein ausdrückliches Angebot vorhalten.

Die drei Vereine brachten aber auch konkrete Wünsche mit – zum Teil richteten sie sich an die Verwaltung mit der Bitte, die Hallenreinigung verlässlicher zu machen. Da in Westbevern der Fußball-Rasenplatz im Herbst und Winter kaum zu bespielen sei, wünschte sich der SV Ems von der Politik eine Machbarkeitsprüfung für einen Kunstrasenplatz. Diesem Antrag ist im Rahmen der Haushaltsberatungen mit einem Zuschuss von 10.000 Euro zugestimmt worden.

Die Grüne Fraktion bedankt sich herzlich – nicht nur für diesen informativen Besuch im Ausschuss, sondern auch bei allen Sportvereinen für so viel kontinuierliches ehrenamtliches Engagement.



Schäden am Platz des SV Ems
Foto: Michael Brandherm

Pflegebedarf verursacht den 3fachen Reisepreis

- weil in der Regel eine Reisebegleitung erforderlich ist
- weil zusätzlicher Service und Hilfsmittel benötigt werden

Mach mit bei der 1% Spendenaktion

- Du spendest 1% Deines eigenen Urlaubsbudgets
- mit vielen kleinen Spenden schenken wir gemeinsam große Freude

Der Förderverein Urlaub & Pflege e.V.



Spendenkonto und weitere Informationen:

IBAN:
DE10 4005
0150 0034
3865 73



Sparkasse Münsterland Ost

Nachgefragt bei Katja Behrendt

Was, wie und warum? Bürger*innen fragen – unsere Bürgermeisterkandidatin antwortet!

**Susanne Hanowell fragt
Katja Behrendt:**

Was motiviert dich, deinen sicheren Job aufzugeben und dich für das Amt der Bürgermeisterin zu bewerben?

Behrendt: Als Bürgermeisterin kann ich gemeinsam mit Verwaltung, Rat und Bürgerschaft gestalten, Entwicklungen antoßen und Ideen wachsen lassen. Ich sehe, wie viele Telgterinnen und Telgter sich mit großer Leidenschaft für ihre Stadt einsetzen – das begeistert und motiviert mich zugleich.

Welche Qualifikationen bringst du mit?

Behrendt: Ich bin Politikwissenschaftlerin und habe bei der Stadt Münster im Amt des Oberbürgermeisters in der Kommunalverwaltung gearbeitet. Seit 20 Jahren bin ich in verschiedenen Positionen bei einer der größten Stiftungen Deutschlands tätig. Als Projektmanagerin und -controllerin habe ich fünf Jahre eine bundesweite Kampagne mit dem Handwerk und einem Millionenbudget aufgebaut und verantwortet. Als Pressesprecherin vertrete ich die Stiftung in Gesprächen mit Bürgerinitiativen und bei Interviews auch mal im Scheinwerferlicht bei Gegenwind. Ich bin geübte Moderatorin und geschult in der Krisenkommunikation. Ich übernehme als Vorsitzende der Grünen auf Orts- und Kreisbene Verantwortung.

Ich habe Führungserfahrung und bin entscheidungsfreudig. Ich lebe in Telgte und weiß nicht nur durch mein Engagement in den Ausschüssen des Rates, was uns in unserer Stadt bewegt. Ich bin gerne unter Menschen, höre gut zu und kann in Konfliktsituationen vermitteln. Neben all den Qualifikationen aus Job und Ehrenamt stehe ich als Frau für einen Perspektivwechsel und bin ich als Mutter von drei Kindern im schulpflichtigen Alter nah dran an wichtigen Zukunftsfragen für Telgte rund um den Schulausbau, den Rechtsanspruch für die Übermittagsbetreuung oder auch allgemein die Situation für Familien.

*Du trittst in große Fußstapfen: Wolfgang Pieper ist über Parteigrenzen hinweg bekannt und anerkannt. Wie willst du dich bis zur Wahl bei den Telgter*innen bekannter*

machen?

Behrendt: Ich möchte nahbar, ansprechbar sein und präsent im Stadtgeschehen. Wir arbeiten an der Beteiligung von möglichst vielen Menschen, etwa wenn es um das Wahlprogramm geht. Ich setze auch auf die Social-Media-Auftritte bei Instagram und Facebook sowie auf die Flyer- und Plakatkampagne für die Kommunalwahl. Zudem werden wir Veranstaltungsformate entwickeln. Ich habe mir vorgenommen, mich im Sommer bei möglichst vielen Menschen an ihren Haustüren vorzustellen.

Du lebst seit über 15 Jahren wieder in Telgte. Welche Telgter Themen liegen dir besonders am Herzen? Wo würdest du als Bürgermeisterin deine Akzente setzen?

Behrendt: Wichtig ist mir eine solide finanzierte, soziale und klimagerechte Entwicklung unserer Stadt. Ich möchte Telgte als familienfreundliche Stadt weiterentwickeln, in der Alt und Jung vielfältige Angebote haben und möglichst niemand einsam sein muss.

Den Schulausbau möchte ich fortführen. Wohnraum muss nicht nur geschaffen oder saniert werden, sondern auch bezahlbar sein. Ich werde in Zeiten des steigenden Fachkräftemangels an einem attraktiven Arbeitsumfeld für unsere Unternehmen und für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung arbeiten. Als Wallfahrtsort möchte ich die Naherholung in Telgte und die Attraktivität unserer Innenstadt stärken, genauso wie das Ehrenamt als Motor für Zufriedenheit.

Du arbeitest im Moment als Pressesprecherin bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Werden Umweltthemen bei dir einen besonderen Schwerpunkt bilden?

Behrendt: Die DBU fördert Innovationen mit Umweltbezug vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen mit den Erträgen aus einem Stiftungsvermögen von etwa 2,5 Milliarden Euro.

In meinem Arbeitsumfeld prägen mich seit inzwischen 20 Jahren vor allem die Kraft der vielen guten Ideen, die Lösungsorientiertheit, der pragmatische Ansatz und der ausgeprägte Netzwerkgedanke der Stiftung. Inhaltlich arbeite ich seit über zehn Jahren im Naturschutz.



Foto: Fritz Adriaans

Der lautlose Verlust der Artenvielfalt ist neben dem Klimawandel die zweite große ökologische Krise, die unsere Lebens- und Wirtschaftsgrundlage gefährdet. Ich weiß um die Notwendigkeit umzusteuern und werde sowohl den Klimaschutz als auch den Naturschutz im Fokus behalten und im Austausch für Akzeptanz werben.

*Als Mitarbeiterin des ehemaligen Münsteraner Oberbürgermeisters Berthold Tillmann hast du intensive Einblicke in die Bürgermeister*innen-Aufgaben bekommen. Welche dieser Aufgaben würden dir besonders Freude machen, wovor hast du am meisten Respekt?*

Behrendt: Besonders Freude hätte ich, wenn ich gemeinsam mit anderen an der Entwicklung unserer Stadt arbeite, wenn ich merke, dass wir überzeugen und etwas bewegen. Respekt habe ich vor der großen Verantwortung, die mit dem Amt einhergeht.

Katja privat:

Deine Hobbys

Behrendt: Politik, (vor-)lesen, mit dem Hund spazieren gehen, Tennis spielen

Drei Dinge aus deinem Leben, auf die du besonders stolz bist?

Behrendt: Meine drei Töchter!

Das Verrückteste, was du je gemacht hast?

Behrendt: Aufregend fand ich die Sanierung meines alten Stahlschiffs und den Sommer auf dem Kanal. Außergewöhnlich finde ich, dass wir immer noch mit einem befreundeten Paar aus der Studienzeit Tür an Tür zusammenleben. Und bei meinen Eltern höre ich immer wieder die Geschichte, dass ich vor vielen Jahren den Auspuff meiner Schwalbe, einem Motorroller aus der ehemaligen DDR, mit einer Haarklammer nachhaltig repariert habe.

Fehlt: Ausreichend Schutz für Frauen

Warum ist dieser Skandal kein Dauerthema in der Öffentlichkeit und kein Maßstab für die Bundestagswahl? Fast jeden Tag (!) wird in Deutschland eine Frau oder ein Mädchen getötet – allein, weil sie weiblich sind. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs: Noch häufiger erleben Frauen Stalking, sexuelle Belästigung, Körperverletzung und häusliche Gewalt.

Die Anzahl an Straftaten gegen Frauen nimmt außerdem bundesweit stetig zu. Die Zahl weiblicher Opfer häuslicher Gewalt stieg 2023 um 6,5 % auf 180.715 (2022: 171.076). Jede dritte bis vierte Frau erfährt in ihrem Leben sexuelle Gewalt. Das bedeutet: Jeder von uns kennt statistisch mehrere Frauen, die betroffen sind – auch Leserinnen des Pöggskén werden darunter sein. Diese Verbrechen passieren nicht irgendwo, sondern mitten unter uns.

Um Frauen besser zu schützen, braucht es dringend mehr Maßnahmen. Deutschland ist 2011 der Istanbul-Konvention beigetreten. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, im Rahmen einer ganzheitlichen Gewaltschutzstrategie offensiv gegen alle Formen von Gewalt, insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, vorzugehen.

Dazu gehören unter anderem die Prävention im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit, der Schutz durch Frauenhäuser und Kontaktverbote, ein wirksames Strafrecht und besondere Maßnahmen für betroffene Frauen in Asylverfahren. Deutschland erfüllt diese Selbstverpflich-

tung noch lange nicht: Es fehlen rund 14.000 Frauenhausplätze, vorhanden sind nur 7.700.

Außerdem gibt es keine bundeseinheitliche Strategie und Finanzierung von Gewaltschutz. Das von der Bundesregierung geplante Gewalthilfegesetz soll unter anderem einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz enthalten. Viele notwendige Maßnahmen waren im Koalitionsvertrag vereinbart. Aber ob das Gesetz den vorgezogenen Wahlen zum Opfer fällt oder doch noch vorher verabschiedet wird, ist zum Redaktionsschluss fraglich. Ein Gesetzesentwurf liegt vor, eine fraktionsübergreifende Einigung wäre nötig und möglich, es gibt aber noch keine Signale, ob FDP oder CDU/CSU diesem zustimmen wollen. Wird diese Debatte noch im Januar Erfolg haben oder bleiben Frauenrechte – wieder einmal – auf der Strecke? Der nächste Bundeskanzler wird sich auch daran messen lassen müssen, ob er bereit ist, Frauenrechte als Menschenrechte durchzusetzen und die nötigen Mittel für den Schutz von Frauen bereitzustellen.

Erschütternd ist, was Frauen und ihre mitbetroffenen Kinder zusätzlich zur erfahrenen Gewalt an Belastungen ertragen müssen, wenn sie keinen sicheren Platz finden, ihren Wohn- und Schulort wechseln müssen, finanziell vor dem Nichts stehen. Die gerade vergangenen Weihnachtsferien gehören für viele Frauen und Kinder zu den gefährlichsten Zeiten im Jahr. Laut einer Online-Recherche



Foto: Katja Müller

gab es zu diesem Zeitpunkt in ganz NRW nur zwei (!) freie Plätze in Frauenhäusern.

Hinter jedem Femizid steht ein zerstörtes Leben, eine zerstörte Zukunft, eine Familie. Jede Frau, die Gewalt überlebt, leidet oft jahrelang unter Angst, Bedrohung und körperlichem wie seelischem Schmerz.

Gleichzeitig werden frauenverachtende Statements wieder salonfähig, Donald Trumps sexistische Besitzansprüche gegenüber Frauen allen voran. Aber auch Friedrich Merz fühlt sich einer paritätischen Beset-

zung von Ministerämtern nicht verpflichtet, man würde Frauen damit „keinen Gefallen tun“. Dem Gesetzesentwurf, der Vergewaltigung in der Ehe strafbar macht, stimmte er 1997 nicht zu.

Was können wir konkret tun, um Frauen besser zu schützen? Aufmerksam sein im persönlichen Umfeld. Frauen und Mädchen stärken. Frauenfeindlichen Sprüchen und Taten entschieden entgegenzutreten.

Die Grünen wählen: eine Partei, die Gleichberechtigung und den Schutz von Frauen in den

Mittelpunkt ihrer Politik stellt.

Das Frauenhaus in Telgte unterstützen, das vor großen finanziellen Herausforderungen beim Umzug in ein neues Haus steht. <https://www.frauenhaus-und-beratung.de>

Frauen sollten zudem ihre Macht als Wählerinnen nutzen. Sie brauchen aber auch die Unterstützung von Männern, denen Gewalt gegen Frauen nicht egal ist. Es geht darum, Leben zu retten.

k.m.

+++ RAT SUCHT FRAU +++ RAT SUCHT FRAU +++ RAT SUCHT FRAU +++

Liebe Frau, liebe Kollegin, liebe Freundin, liebe Mitstreiterin, liebe Gleichgesinnte, liebe Chefin, liebe Schwester, liebe Tochter, liebe Mutter ...!

Wir wenden uns heute an dich, weil wir dich in all deiner weiblichen Kompetenz, deiner weiblichen Sicht der Dinge und deiner Stärke dringend brauchen und zur aktiven Mitarbeit ermutigen möchten.

In den vergangenen Monaten freuen wir uns über die wachsende Teilnahme an unserer Grünen Fraktionsarbeit. Jede(r) bringt ihre/seine Erfahrungen aus dem Beruf, den eigenen Lebenserfahrungen, der Fa-

milie mit und prägt mit dieser individuellen Haltung zu den Problemen unserer Zeit die Position unserer Fraktion. Dein Einfluss, deine persönliche Sicht entscheiden mit – das ist für uns Grüne die Grundvoraussetzung für kompetente und konstruktive Arbeit der Fraktion. Die Unterschiedlichkeit der Sichtweisen und Meinungen in einer gemeinsamen Haltung vereinen zu können, ist wesentlichster Bestandteil demokratischen Handelns. Einfach ist das sicherlich nicht immer, aber dennoch das Schönste, was uns gelingen kann!

Die Grünen erkannten früh-

zeitig, dass es an der Zeit war, auch uns Frauen den Stellenwert in ihren Gremien zu geben, der uns zusteht – nämlich mindestens 50 Prozent. Sie machen das seitdem konsequent deutlich, indem sie in allen Listen immer und grundsätzlich den Platz 1 mit einer Frau besetzen und ebenso jeden weiteren ungeraden Listenplatz, ganz selbstverständlich und ohne Debatten! Leider ist das noch immer eine Seltenheit in der politischen Landschaft. Umso tragischer wäre es, würden wir grün denkenden und grün fühlenden Frauen unsere Chance auf Einflussnahme nicht nutzen.

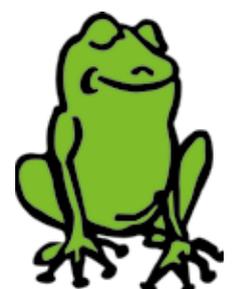
Wir lieben unsere Familie, unseren Beruf, unser Leben, diese Welt in all ihrer Vielfalt und (Un-)Vollkommenheit. Deine weibliche Sicht ist einzigartig und extrem wertvoll. Gerade wir Frauen zweifeln oft und viel ... und oft zu viel – meist an uns selbst. Wir kennen das!

Und trotzdem oder gerade deshalb bedeutet unsere aktive Mitarbeit so viel. Sei ganz herzlich eingeladen und WILLKOMMEN zu unserem nächsten Schnuppertreffen im Rathaus! Stelle deine Fragen, leg deine Scheu ab und werde dir bewusst, welche Bereicherung du selbst mit deinem Denken

und deinem Handeln für unsere Gemeinschaft sein kannst.

Wir freuen uns sehr auf dich!

Die GRÜNEN Frauen



Warum lügen Sie, Herr Merz?

Auf einer Schultafel gibt Christoph Süß, Moderator der Sendung Quer im Bayerischen Rundfunk, am 14. September Nachhilfe im Bruchrechnen. Aus Anlass der Messerattacke in Solingen hatte das Team von Friedrich Merz auf X verbreitet:

„Nicht Messer sind das Problem, sondern die Personen, die damit herumlaufen. In der Mehrzahl der Fälle sind dies Flüchtlinge, in der Mehrzahl der Taten stehen islamistische Motive dahinter.“

Süß zieht die offizielle Statistik heran. Das Kriminalamt hatte 2023 insgesamt 8951 Messerangriffe registriert und 72 religiös motivierte extremistische Gewalttaten. „Also, selbst wenn das alles Messerangriffe gewesen wären, dann wären das nicht 50 %, sondern weniger als 1 %“, erklärt Süß. „Die Aussage, die Mehrheit der Messerattacken wäre die Folge von islamistischem Terror, ist – sogar im Wahlkampf – schlicht falsch.“[1]

Rechenfehler

Das ist kein Irrtum des Teams hinter dem CDU-Bundeschlussvorschlag und auch kein Einzelfall. Gerne verbreitet Merz Lügen über Flüchtlinge, so behauptet er beispielsweise, ausreisepflichtige Asylbewerber säßen „beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen“[2]. Der Präsident der Bundeszahnärztekammer fühlte sich genötigt, die Situation klarzustellen: Die Kosten würden nicht für kosmetische Behandlungen übernommen, sondern nur für die Beseitigung von Schmerzen. Gegen Merz wurden seinerzeit mehrere Strafanzeigen wegen Volksverhetzung erstattet.

Zündeln

Im WDR Monitor moderiert Georg Restle 2023 einen Beitrag mit folgenden Worten an: „Ein tiefer Graben mitten durch die Gesellschaft, der jetzt noch weiter zu wachsen droht. Politischer Sprengstoff auch für die Demokratie im Land. Aber anstatt hier gegenzusteuern, wird lieber weiter gezündelt; zum Beispiel vom Vorsitzenden der größten Oppositionspartei im Land.“ Merz, der ja gerne von einer „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ spricht, hatte den ukrainischen Flüchtenden „Sozialtourismus“ vorgeworfen und diskreditierte diejenigen, deren Überlebenskampf wir bis heute täglich mitverfolgen können[3]. Der Rechtsextremismus hatte Grund zu jubeln. Die russische

Nachrichtenagentur RIA griff das dankbar auf und verbreitete, in Deutschland empöre man sich über die ukrainischen Flüchtlinge.

Methode Merz

„Das böse Wort vom Sozialtourismus hat CDU-Chef Friedrich Merz zwar mittlerweile wieder einkassiert“, berichtet Restle weiter, betont aber, die Wirkung bleibe bestehen, „denn auch das gehört zu den Regeln solcher gezielter Tabubrüche. Einmal in die Welt gesetzt, führen sie ein Eigenleben.“

Dieses Vorgehen hat Methode. Lügen, widerrufen. Lügen, abschwächen. Lügen und sich darüber ereifern, dass er falsch verstanden wurde. Oder, wie der ZDF-Reporter Dominik Rzepka es ausdrückt: „Provokieren, Grenzen verschieben, zurückrudern.“[4]

Mit dieser Methode agiert Merz in reinsten AfD-Manier. Oder besser gesagt: Die AfD hat in Merz einen Vorläufer gefunden und ihn erfolgreich kopiert.

Der CDU-Mann war nämlich schon in der Zeit vor seinem Rückzug aus der Politik – die Älteren erinnern sich vielleicht – neben Roland Koch aufgefallen. In der Schwarzgeldaffäre hatten damals Helmut Kohl und andere hochrangige Politiker illegal etliche Millionen Spendengelder entgegengenommen und für den Wahlkampf verwendet. Statt mit Verständnis und Reue reagierten Merz und Koch öffentlich mit Skandalisierung und Wutausbrüchen.

Einige Kritik musste Merz einstecken, als er Anfang Juli 2022 mit seinem Privatflugzeug zur Hochzeit von Christian Lindner anreiste. Dreist behauptete er, dass sein Flugzeug „weniger Sprit als jeder Dienstwagen eines Mitglieds der Bundesregierung“ verbrauche. Ein Fakten-Check brachte auch hier das Gegenteil zum Vorschein.[5]

Im Glanze der CDU-Granden

Nach dem Tod von Wolfgang Schäuble lobte Merz den Verstorbenen in den höchsten Tönen, nicht ohne im gleichen Atemzug auf die großartige Männerfreundschaft mit dem angesehenen Politiker zurückzublicken. Dass Schäuble diese Freundschaft ebenso als einzigartig dargestellt hätte wie Merz, darf bezweifelt werden. In den frühen 2000er-Jahren jedenfalls hatte er das Verhältnis zwischen Merkel und Merz kritisiert: „Eine der Ursachen, weshalb

wir eine ungute Lage haben, liegt darin, dass die Parteivorsitzende und der Fraktionsvorsitzende es nicht geschafft haben, den Eindruck zu verhindern, sie würden sich als Rivalen betrachten.“[6]

Abstimmen gegen Frauenrechte, um Frauen zu schützen

Nicht nur durch Lügen glänzt Merz, sondern auch durch sein rückwärtsgewandtes Abstimmungsverhalten und verstörende Forderungen. Mit der Idee, den Kündigungsschutz abzuschaffen, brachte er sogar Anhänger der eigenen Partei gegen sich. Bei der Bundestagsabstimmung über den Straftatbestand der Vergewaltigung in der Ehe stimmte er gegen die Rechte der Frauen und begründete das damit, „zu befürchten, dass ein drohendes Strafverfahren durch Falschbehauptungen zerstrittener Ehepartner dem Schutzzinteresse betroffener Frauen eher schaden als nützen würde“, berichtet Wikipedia[7]. Vielfalt und Emanzipation sind ohnehin nicht seine Stärke. 1995 votierte er gegen eine Liberalisierung beim Abtreibungsrecht. Das Tragen der Burka stellt er als „absolute Missachtung fundamentaler Rechte von Frauen“ dar; die Soziologin Sabine Hark hält dagegen, dass „kleiderpolizeiliche Verordnungen“ kaum zur Emanzipation von Frauen beitragen könnten[8]. Beim Rücktritt von Annegret Kramp-Karrenbauer witzelte Merz darüber, dass Wettertiefs weibliche Namen tragen. Zur Homosexualität des Berliner Bürgermeisters meinte er: „Solange er sich mir nicht nähert, ist mir das egal.“[9]

Bedrückend, aber nicht überraschend

Merz zielt permanent darauf ab, die Kleinen hart ranzunehmen und die Großen zu verschonen. Entschieden setzte er sich gegen Transparenz bei Nebeneinkünften von Bundestagsabgeordneten ein und zog damit sogar vor Gericht. Über Arbeitslose wettet er ungehemmt und will Transferleistungen streichen. Seine Forderung, die Menschen sollten künftig bis zum 70. Lebensjahr arbeiten, bezeichnete damals selbst Horst Seehofer als „Nonsens“ und der damalige CSU-Generalsekretär Thomas Goppel als „verfrühten Aprilscherz“. Über Äußerungen zur mangelnden Leistungsbereitschaft in Deutschland sagte Omid Nouripour: „Die Ausführungen von Herrn Merz waren



ehrlich gesagt bedrückend, aber nicht überraschend“, und Hubertus Heil stellte klar: „Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass der Sozialstaat das Existenzminimum verlässlich absichern muss. Deshalb ist es unredlich, Menschen, die wenig verdienen, gegen diejenigen auszuspielen, denen noch weniger Mittel zur Verfügung

stehen.“[10]

Grüne als Hauptgegner

Asylsuchende haben es Merz besonders angetan, aber auch die Grünen, die er als Hauptgegner ausgemacht hat. Sie wollten nämlich, so Merz, ein „Einwanderungsministerium“

Fortsetzung auf Seite 15

WAS WÄRE, WENN DAS TRAGEN VON BRILLEN DIE OZEANE SCHÜTZEN KÖNNTE?

BRILLEN HERGESTELLT AUS 100% RECYCELTEM MEERESPLASTIK

SEA2SEE SUSTAINABLE VISION 100% MADE IN ITALY

mindermann
Augenoptik am Baßfeld
Ursula Mindermann
Dipl.-Ing. für Augenoptik, IVBV, WVAO

Baßfeld 12 · 48291 Telgte · Fon 0 25 04-50 50 · Fax -50 60
mindermann-augenoptik.de · info@mindermann-augenoptik.de

Buchrezensionen

Warum ich trotzdem lese...

Bücher – egal ob digital oder analog – sind, seitdem ich lesen kann, vieles für mich: Unterhaltung, Wissensvermittlung und ja, manchmal auch Dekoration im Regal. Was sie bislang für mich nicht waren: politisch. Das hat sich geändert: Ich möchte nicht mehr einfach nur wissen, sondern versuchen zu verstehen. Und ich möchte auf die Zukunft vorbereitet sein. Spaß macht mir das Lesen politischer Bücher allerdings nicht. Aber es nützt ja nichts: Also habe ich gelesen. Lese noch. Und werde weiterlesen. Tun Sie das doch einfach auch!

Geh- und Fahrradwege aber nicht. Wenn Kinder mit Begeisterung auf einem Auto-Teppich spielen. Wenn in Filmen und Serien Autos im Mittelpunkt stehen. Und ja, ich fand damals als Kind „Knight Rider“ und „Ein Colt für alle Fälle“ auch super. Heute aber zum Glück nicht mehr, danke an Christian Stöcker dafür. Und ebenso danke für die Verwendung des Begriffes „Petro-Maskulinität“, den kannte ich vorher noch nicht. Über dieses Wort kann man(n) mal nachdenken, nicht wahr?

hier sprechen, geht tatsächlich alle an.“ Viele kluge Argumente, viele zwingende Schlussfolgerungen. Manche Absätze musste ich mehrfach lesen, wirken lassen, nachdenken, vieles habe ich markiert. Dieses Buch steht auf meiner Unbedingt-wieder-lesen-Liste.

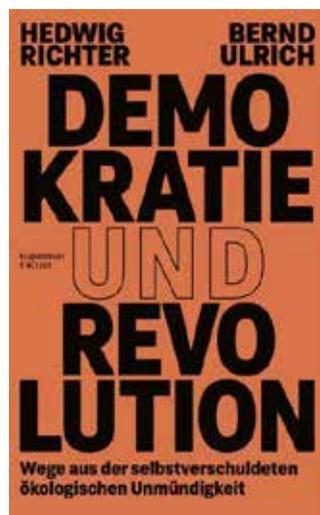
ohne lebensfreundliches Klima ist alles nichts.

Das Buch ist – wie übrigens auch andere lesenswerte Bücher – zur Zeit für 4,50 Euro zzgl. Porto bei der Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich.



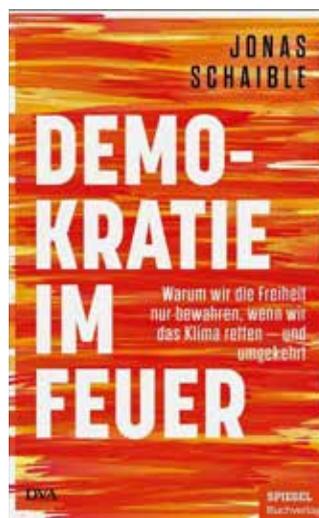
Christian Stöcker: Männer, die die Welt verbrennen

Ein Buch, das lange nachhallt. Schier unglaublich, wie sehr die Menschheit daran hängt, „Zeug zu verbrennen“. Und noch unglaublicher, mit wie viel Geld und Energie Netzwerke und Organisationen das befeuern. Das Buch erwischt mich auch immer wieder im Alltag: Wenn Straßen und Parkplätze neu und größer gebaut werden,



Bernd Ulrich, Hedwig Richter: Demokratie & Revolution

Die Autor*innen nehmen uns mit auf eine Reise durch die Geschichte des Fortschritts und der Demokratie und analysieren die Klimakrise der Gegenwart immer auch mit Blick auf die vergangenen Entwicklungen, die uns hierher geführt haben. Im Kapitel „Zukunft“ erklären sie schließlich, warum und wie es eine ökologische Revolution braucht. „Wovon wir



Jonas Schaible: Demokratie im Feuer

Jonas Schaible beginnt mit viel Wissen zum Klima und seinen Veränderungen und erklärt, warum die Zeit wirklich drängt, um dann nach diesen wichtigen Ausführungen den Bogen zur Demokratie zu spannen, denn sein Buch ist ein politisches und „das Physikalische ist politisch: Das Klima ist kein Thema unter vielen, kein Politikfeld wie jedes andere, sondern das, was Politik immer und überall umgibt, grundiert, ermöglicht und einschränkt. Die Klimakrise ist eine Epoche, sie ist unsere Gegenwart und Zukunft.“

Es geht um Demokratie und Freiheit. Es geht um alles, denn



Jan Hegenberg: Klima-Bullshit-Bingo

Vorweg: Bitte nicht vom Namen abschrecken lassen! Das Buch bereitet mittels gut auf den Punkt gebrachter Fakten bestens auf Diskussionen zu gängigen Behauptungen vor, inklusive Strategien, wann eine Diskussion überhaupt sinnvoll ist. Bonuspunkte gibt es für die QR-Codes am Ende jedes Kapitels, die einfach eingescannt direkt zum Link der Online-Version führen und sich so leicht teilen lassen. Ach ja, witzig geschrieben ist es außerdem, das schadet ja bei allem Ernst der Lage nicht.



Kate Bradbury: One Garden Against The World (englisch)

Wer einen Garten hat und darin herumgärtnern kann oder einen Garten kennt, wo gepflanzt und gebuddelt werden darf, wird nach diesem Buch Igel retten, einen Teich anlegen und viele andere gute Dinge tun wollen. Denn ist es nicht genau das, was uns umtreibt? Dass man etwas tun will angesichts der Artenkrise, angesichts der Klimakrise, aber leider oft genug resigniert aufgeben möchte, weil man nicht weiß, was? Oder das Gefühl überwiegt, es bringt ja sowieso nichts? Kate Bradbury kennt dieses Gefühl und hat dagegen ein tolles Buch geschrieben: Ja, schon eine Person und ein Garten können etwas bewirken, genau genommen ganz schön viel sogar. „One Garden Against The World“ ist emphatisch, zuversichtlich und hoffnungsvoll. Und wer könnte in diesen Zeiten keine Hoffnung brauchen?

c.s.

Shopperlebnis in Telgte

Verkaufsoffene Sonntage 2025

Veranstaltungen und verkaufsoffene Sonntage sind eine wichtige Gelegenheit, Leben in unsere Stadt zu bringen und die Gemeinschaft zu stärken.

Sie bieten Bürger*innen und Gästen eine ideale Mischung aus Unterhaltung, Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Erlebnissen.

Durch das Zusammenwirken von den Festen und Märkten mit den verlängerten Ladenöffnungszeiten wird eine einladende Atmosphäre geschaffen,

die überdies auch viele Besucher aus der Region und darüber hinaus anzieht.

Lokale Geschäfte profitieren von der erhöhten Kundenfrequenz, was insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe eine wertvolle Chance darstellt, ihre Produkte und Dienstleistungen einem breiteren Publikum zu präsentieren. Gleichzeitig können sich Städte als attraktive und lebendige Standorte präsentieren, die sowohl Einheimische als auch

Touristen begeistern.

Bei allen Vorteilen für die lokale Wirtschaft dürfen die Auswirkungen auf die Beschäftigten nicht übersehen werden. Verkäuferinnen und Verkäufer leisten an diesen Tagen oft zusätzliche Arbeit, die über die reguläre Arbeitszeit hinausgeht. Daher kommt es im Rat auch immer wieder zu einzelnen Enthaltungen oder gar Gegenstimmen bei der Festlegung der Termine.

Hier die Termine für das Jahr 2025:

- Sonntag, 04.05.2025, Westbevern-Dorf Frühlingsfest
- Sonntag, 11.05.2025, Telgte-Stadt Stadtfest
- Sonntag, 07.09.2025, Telgte-Stadt Kirmes
- Sonntag, 05.10.2025, Telgte-Stadt Erntedankmarkt
- Sonntag, 07.12.2025, Westbevern-Vadrup Weihnachtsmarkt
- Sonntag, 14.12.2025, Telgte-Stadt Telgter Dreiklang Markt

Haushaltsrede unserer Fraktionssprecherin Sabine Grohnert

Verantwortung übernehmen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Damen und Herren der Verwaltung, Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Zuhörer*innen,

Ich bin dankbar.

Um uns herum sehen wir Unruhen und Kriege. Diktaturen und der Ruck nach rechts scheinen Alltag zu werden. Hier im Rat unserer kleinen Stadt müssen wir uns nicht mit ganz Rechten oder anderen nicht demokratischen Parteien auseinandersetzen. Dafür bin ich dankbar und das sollte nebenbei gesagt unser oberstes Ziel für die Wahlen im neuen Jahr sein.

Unser Haushalt 2025 zeigt, dass wir trotz der Krisen viele Unternehmen in Telgte haben, die sich bei allen Schwierigkeiten sicher aufgestellt haben und ein gutes Gespür für ihr Geschäft besitzen. Sie und auch der Wirtschaftsförderer machen einen guten Job. Ein Zeichen hierfür sind auch die gestiegenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Hier ist es für die Unternehmen natürlich gut, dass wir aufgrund der aktualisierten Rahmenbedingungen die Gewerbesteuer in diesem Jahr nicht in dem Maße anhe-

ben müssen, wie zuerst vorgeschlagen.

Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rahmenbedingungen für die Städte und Gemeinden einfach nicht passen. Immer mehr Aufgaben werden auf die Schultern der Kommunen geladen und sind eigentlich schon lange nicht mehr leistbar und unterfinanziert. Die Zahlen kennen sie zur Genüge.

Wir stehen weiter für eine offene Stadtgesellschaft, die alle Menschen mitnimmt und integriert.

Die Unterbringung von Menschen ohne festen Wohnsitz und die Unterbringung Geflüchteter scheinen eine schier unlösbare Aufgabe zu sein. Dass wir trotz aller Bemühungen die Turnhalle immer noch nicht „frei“ ziehen können, ist eine Belastung für alle! Deswegen ist es wichtig, die Bemühungen der Gründung einer Interkommunalen Wohnungsbaugesellschaft weiterhin zu unterstützen, ebenso die Bemühungen um „Telgte Süd“. Das bringt uns keine schnelle Entlastung, aber eine Perspektive. Viele notwendige Maßnahmen zur Erhaltung der Infrastruktur schaffen es aufgrund der fehlenden Mittel gar nicht bis in die Haushalts-



planung.

Und dennoch: Die geplante „Pro-Kopf-Verschuldung“ verdoppelt sich in den nächsten 4 Jahren. Wenn wir in den Haushalt schauen, ist das aber in überwiegendem Maße für den Ausbau der Schulen. Das ist gut

und richtig so und an der richtigen Stelle investiert.

Auch dass alle Fraktionen sich einig sind, nicht an die „freiwilligen Leistungen“ zu gehen, ist absolut richtig. Kultur, Vereine, Musikschule, Bücherei, nur als Beispiele genannt, sind die

Seele einer Stadt. Die aber natürlich ohne das Ehrenamt und eine starke Stadtgesellschaft auch nicht funktionieren. Auch da bin ich dankbar, wie viel Engagement es hier in Telgte gibt und kann an dieser Stelle auch nur Danke sagen.

Bei den Anträgen der Fraktionen war deutlich zu sehen, dass sich alle der Lage bewusst sind und nur wenige ihnen wichtige Anträge eingereicht und nach Sparpotenzial gesucht haben. Eins habe ich allerdings nicht verstanden: Der Klimawandel macht vor Telgte keinen Halt, wie wir an Tornados und Überschwemmungen sehen konnten. Wenn wir nicht bereit sind, auch hier Mittel einzustellen, können wir unser Klimaziel gleich wieder zurücknehmen. Meine Stimme haben Sie dazu allerdings nicht! Auch wenn es unpopulär scheint, wir werden auch in den nächsten Jahren für diese Mittel kämpfen.

Dem Haushalt stimmen wir aber trotzdem zu, weil es sich lohnt, Verantwortung zu übernehmen und weiterhin mitzugestalten.

Danke.

Warum lügen Sie, Herr Merz?

Fortsetzung von Seite 13

schaffen, das „möglichst viele Einwanderer unabhängig von ihrer Integrationsfähigkeit nach Deutschland einladen würde“. Auch solle „die Gender-Sprache allen aufgezwungen“ werden. „Beide Behauptungen“, kommentiert die taz, „sind in AfD-Kreisen und bei rechtsextremen Trollen beliebt, haben aber mit der Realität nichts zu tun“[11]. Als die Idee für ein Vetorecht fürs Klimaschutzministerium aufkam, machte Merz ein „staatsautoritäres Denken der Grünen“ aus. Es sei unvereinbar mit der Verfassungsordnung, dass ein Ministerium gegen Bundestagsentscheidungen ein Veto einlege. Davon jedoch war keine Rede, sondern nur von einem Einspruchsrecht für Klimaschutz gegenüber anderen Ministerien, ähnlich dem des Finanzministers bei Finanzfragen, das längst existiert.

Bärenendienst

Wozu das alles? „Merz triggert bewusst und faktenfrei das rechte Wutbürgertum, um ein paar Stimmen zu erhaschen. Damit reiht er sich ein in die Reihen derer, die bereit sind, für eigene Geländegewinne den demokratischen Diskurs zu zerstören“, kommentiert die taz am 08.08.2021. Damit aber leistet Merz der CDU einen Bärenendienst. Während seiner Kandidatur zum Vorsitz der CDU hatte er behauptet, es wäre möglich, die Umfragewerte der AfD zu halbieren, aber die AfD hat sich mehr als verdoppelt. Dabei hätte Merz es besser wissen können. Schon in Frankreich, Italien, Österreich und den Niederlanden war der Versuch konservativer Parteien, die extreme Rechte rechts zu überholen, kläglich gescheitert. Der Parteikollege Daniel Günther positioniert sich da vernünftiger: „Populistisches Draufhauen hilft

der CDU nicht, die Leute gehen nahtlos zur AfD.“[12]

Verehrt wie ein Halbgott

„Friedrich Merz lügt. Man muss das so hart sagen, um den üblichen Ausflüchten zuvorzukommen, Wahlkampf sei halt Wahlkampf, da werde nun mal zugespitzt, die Grünen wollten einen softeren Kurs in der Migrationspolitik, Merz treffe da durchaus einen Punkt, und so weiter. Nein, es ist ganz einfach: Friedrich Merz, der Mann, der ... von Teilen der CDU-Basis verehrt wird wie ein Halbgott, dieser Mann also lügt“, sagt die taz[13].

Aber von der Presse hält Merz eh nicht viel. „Wir brauchen die nicht mehr“, sagte er schlicht und vertritt die Ansicht, Politiker könnten über eigene Social-Media-Kanäle ihre Interessen besser wahrnehmen und ihre Deutungshoheit behalten[14].

Wir können ruhig dagegenhalten: Joachim-Friedrich Martin Josef Merz, den Skandalierer, den Frauenfeind, den Brandstifter, Spalter und Volksverhetzer, Friedrich Merz, den Lügner, den brauchen wir nicht mehr.

m.w.

Der Text, einschließlich aller Quellenangaben, befindet sich auch auf unserer Grünen Homepage unter: www.gruene-telgte.de



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!



Kaminzimmer
bis 30 Personen
Mi.-Fr. ab 17.00 Uhr
Sa.-So. ab 15.00 Uhr

Im wilden Mann

Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 0 25 04/66 00
oder 01 71/692 34 90

Montag + Dienstag Ruhetag

Gastbeitrag von Anja Beiers, Grüne Direktkandidatin für den Bundestag im Kreis Warendorf „Verantwortung für eine gerechtere, zukunftsfähige Gesellschaft“

„Die Zeiten, in denen wir leben, sind herausfordernd – die Klimakrise, die drängenden sozialen Fragen und die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Aber es gibt Zuversicht. Ich bin überzeugt: Wir müssen weiter vorangehen, da wo andere stehen bleiben. Genau das ist der Ansatz der Grünen: Verantwortung übernehmen und die wichtigen Entscheidungen treffen.“

Unser Land hat Politiker*innen verdient, die geleitet durch Integrität, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit verantwortungsvoll handeln. Dabei ist mir besonders wichtig, dass marode Schulgebäude endlich modernisiert werden. Das Gesundheits- und Pflegesystem muss mit einer gerechten Finanzierung so ausgestattet werden, dass die Leistungen bei den Menschen bedarfsgerecht ankommen. Entlastungen bei den Gesundheitskosten können hier durch

ein verbessertes Präventionssystem generiert werden.

In meinem Alltag, als Fraktionsreferentin, als Mutter und als engagierte Bürgerin erlebe ich immer wieder, wie sehr sich das Leben von Menschen je nach Umständen und Ort unterscheidet. Eine gleiche Verteilung der Mittel ist deshalb nicht immer eine gerechte Verteilung.

Ich sehe mich als Volksvertreterin und möchte der Spaltung der Gesellschaft entgegenreten. Es muss darum gehen, zusammenzuwachsen, Verantwortung zu übernehmen und für eine Gesellschaft einzustehen, in der Umwelt- und Klimaschutz, faire Besteuerung und eine nachhaltige Landwirtschaft selbstverständlich sind. Wir stellen mit dieser Wahl die Weichen für die Welt, in der unsere Kinder und Enkelkinder groß werden: Es ist unsere Aufgabe, Ihnen auch in Zukunft ein selbstbestimmtes, freies und sicheres Leben zu er-



**ZUSAMMENHALT.
ANJA BEIERS.
FÜR DEN KREIS WARENDORF.**

**Am 23. Februar
GRÜN wählen!**

möglichen.

Als Bundestagskandidatin möchte ich Verantwortung übernehmen, um Gesetze zu gestalten, die den Menschen

wirklich dienen und eine gerechte Gesellschaft ermöglichen. Gesetze sollten nicht nur bürokratisch sein, sondern den Gemeinschaftssinn stärken und

den Fokus auf das Wesentliche richten: auf soziale Gerechtigkeit, gleiche Chancen und eine zukunftsfähige Welt.“

KONTAKTADRESSEN

ORTSVERBAND

Tatjana Scharfe
Tel.: 985 51 60

RATSFRAKTION

Sabine Grohnert
Tel.: 7 70 96

V.I.S.D.P.

Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte

IMPRESSUM



Zeitung der Grünen Telgte, Ratsfraktion & Ortsverband,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Auflage: 8.200 Stück V.I.S.d.P: Peter Spieker

REDAKTION



Peter Spieker
Redaktion, (p.s.)
Rat, OV-Kassierer



Tatjana Scharfe
Redaktion (t.s. & Illustration)
Rat, 1. stellvertretende
Bürgermeisterin, OV-Sprecherin



Manfred Wälz
Redaktion, (m.w.)
OV-Vorstand



Anja Weiligmann
Redaktion (a.w. & Lektorat)
Social-Media-Managerin

AUTOR*INNEN



Katja Behrendt
(k.b.)
OV- & KV-Sprecherin,
Ausschuss



Katja Müller
(k.m.)
Rat, Vorsitzende des Generationen & Soziales Ausschusses



Christina Sachse
(c.s.) Ausschuss



Udo Woltering
(u.w.)
Rat



Sabine Grohnert
(s.g.)
Rat, Fraktionssprecherin



Gastbeiträge
Katrin Ulig
Jan-Niclas Gesenhues

Lebensräume schaffen, Biodiversität fördern!

Sie möchten sich für den Erhalt unserer Artenvielfalt einsetzen und jetzt gleich etwas tun? Wir als NaturGarten e.V. zeigen, welches Potenzial der besiedelte Raum für den Erhalt unserer Biodiversität bietet. Hier kann jeder Einzelne direkt vor Ort aktiv werden.



Machen Sie mit und werden Sie Mitglied!

www.naturgarten.org

